

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plagiatverboten. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Wallstraße 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Das Ende der freien Wirtschaft?

Der Staat kontrolliert die Banken. Der Staat organisiert die Devisenbewirtschaftung. Der Staat reguliert die Preise. Der Staat bestimmt die Höhe des Einkommens.

Kann man heute überhaupt noch von einer freien Wirtschaft reden? Wohl kaum! Die einzige Freiheit, die den Wirtschaftenden selbst noch verblieben ist, besteht darin, daß wir einerseits eine Gewerbefreiheit und andererseits keine Arbeitsdienstpflicht haben. Der sich aus dem Zusammenspiel von Gewerbefreiheit und Arbeitsfreiheit ergebende betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Mechanismus und die wirtschaftspolitischen Bedingungen seiner Existenz sowie sein wirtschaftliches Resultat, werden jedoch heute vom Staat bestimmt bzw. verwaltet. Diese Feststellung umreißt die **entwicklungsgeschichtliche Bedeutung der Notverordnungspolitik** des heutigen Staates und insbesondere der letzten Notverordnung. Die Frage ist nur: Stehen wir hier am Ende oder am Anfang eines Entwicklungsstadiums?

Man wird von einem Ende dann sprechen können, wenn mit dieser Politik und ihren staatspolitischen Eingriffen ins Wirtschaftsleben die jetzige schwere Krise beendet und in Bahnen geleitet werden kann, die zu normaler Funktion des Wirtschaftslebens, also zu neuem Auftrieb und zur Hochkonjunktur führen werden.

Man wird von einem Anfang sprechen müssen, wenn es umgekehrt nicht möglich sein wird, in absehbarer Zeit aus der Krise herauszukommen und damit die staatliche Wirtschaftskontrolle zu einem Dauerzustand wird, was dann unwillkürlich zu einem neuen Wirtschaftssystem auszuwachsen muß.

Was wir gegenwärtig an Wirtschaftsordnung besitzen, ist ein auf dem Privateigentum aufgebautes Staatskapitalismus. Wenn dieser Zustand nun auch nur eine Endphase im vorgenannten Sinne ist, dann wird er immerhin genügen, um den bisher die öffentliche Meinung immer

noch bestimmenden Glauben an die Wunderkraft des Privatkapitalismus aufs tiefste zu erschüttern. Einer Wiederholung solchen Zustandes dürfte dann der Privatkapitalismus nicht gewachsen sein.

Ist dieser Zustand aber ein Anfang, das heißt, wird sich aus ihm ein System bilden, das so lange Bestand hat, bis die Menschen daran gewöhnt sind, dann ist die weitere Entwicklung in den Staatssozialismus nicht mehr schwer und wahrscheinlich auch nicht mehr allzu fern.

In diesem Sinne gilt es ganz besonders auch die letzte Notverordnung zu werten. Und jowohl ist sicher: Wenn neben der Einkommensenkung die Regierung und das schaffende Volk stark genug sind, um auch allen anderen Eingriffen bzw. Eingriffsabsichten ins Wirtschaftsleben vollen Erfolg zu sichern, dann wiegt die eingangs dargelegte Wertung den noch verbleibenden Rest an Sonderopfern für das schaffende Volk völlig auf.

Auf dieses letztere, und nur darauf kommt es an, ob die Notverordnung für die Arbeiterklasse annehmbar oder untragbar genannt werden muß. Wir sehen in diesem Moment hierüber noch nicht genügend klar und enthalten uns deshalb eines endgültigen Urteils. Wir beschränken uns deshalb auch für heute neben dieser grundsätzlichen Wertung darauf, nachstehend die Bestimmungen der letzten (vierten) Notverordnung inhaltlich wiederzugeben, die wohl das meiste Interesse bei unseren Lesern finden werden. Wir geben den Inhalt in der Auffassung der Regierung selbst ohne unsere eigene kritische Auffassung. Wir werden natürlich in späteren Nummern unseres Organs auch unserer kritischen Meinung noch genügend Raum geben.

verträge auf längere Zeit festgelegt sind, waren zur Erfüllung dieser Aufgabe nur zwei Wege gegeben: entweder konnte auf dem Wege der Notverordnung bestimmt werden, daß alle Tarifverträge, mindestens soweit sie Lohn- oder Gehaltsregulierungen enthalten, zu einem einheitlichen Zeitpunkt ablaufen. Dann wären sie für diesen Zeitpunkt nötigenfalls mit Hilfe der Schlichtungsbehörden neu abzuschließen gewesen. Die andere Möglichkeit war die Senkung der Löhne und Gehälter in der Notverordnung selbst unter Aufrechterhaltung der Tarifverträge im übrigen. Eine solche Maßnahme erforderte weiter die Verlängerung der laufenden Tarifverträge für einige Zeit, damit eine Beruhigung des Arbeitslebens eintreten und die erforderliche feste Grundlage für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und die bei ihm entsprechende Verfeinerung des Tarifvertragssystems geschaffen werden kann.

Die Senkungsfrage.

In der Verordnung ist der zweite Weg gewählt worden, weil es zweifelhaft erschien, ob der Abschluß neuer Tarifverträge in allen Wirtschaftszweigen sich für einen nahen bestimmten Zeitpunkt durchführen lassen würde. Die Verordnung schafft deshalb mit Wirkung vom 1. Januar 1932 unmittelbar eine Senkung der Löhne und Gehälter, und zwar grundsätzlich auf den Stand vom 10. Januar 1927, indem sie für die Zeit vom 1. Januar 1932 die damaligen geldlichen Lohn- und Gehaltsätze an Stelle der heutigen als im Tarifvertrag vereinbart gelten läßt. Da in den meisten Wirtschaftszweigen die Löhne und Gehälter seit ihrem Höchststand bereits einmal oder mehrere Male gekürzt worden sind, würde die ausnahmslose Zurückführung auf den Stand vom 10. Januar 1927 im Durchschnitt noch eine Kürzung von etwa 10 bis 15 Prozent ausmachen. In einer Reihe von Wirtschaftszweigen würde die Kürzung aber erheblich über dieses Maß hinausgehen, was die Reichsregierung nicht für erträglich hält.

Die Verordnung bestimmt deshalb, daß im Höchstfall Senkungen um 10 Prozent und in seltenen Ausnahmefällen, in denen seit dem 1. Juli 1931 keine Kürzung eingetreten ist, um 15 Prozent eintreten dürfen. Derselben Prozentsätze der Lohn- und Gehaltsenkung gelten auch für die Wirtschaftszweige, in denen am Stichtag, dem 10. Januar 1927, kein Tarifvertrag bestand. Sie gelten ferner für die Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten des Kohlen- und Kalibergbaues, wo die besonders schwierige Wirtschaftslage und die besondere Bedeutung des Lohn- und Gehaltskontos für die gesamtwirtschaftlich notwendige Preisherabsetzung zu einer einheitlich bestimmten Lohn- und Gehaltsenkung nötigen. (Siehe hierzu unseren Protest auf der nächsten Seite.)

Die nicht tariflich geregelten Löhne und Gehälter.

Das geschilderte Verfahren der Lohnsenkung gilt nicht für die Arbeiter und Angestellten, deren Löhne oder Gehälter nach den Vorschriften der Verordnung bereits im Zusammenhang mit der Kürzung der Beamtengehälter gesenkt werden.

Von einem Eingreifen in die nicht tarifvertraglich, sondern lediglich im Einzelarbeitsvertrag geregelten Löhne und Gehälter hat die Verordnung abgesehen, weil hierzu nach der Auffassung der Reichsregierung keine zwingende Notwendigkeit bestand. Zur Aenderung dieser Entgeltregelungen wäre also gegebenenfalls nach den im übrigen geltenden gesetzlichen Vorschriften zu verfahren.

Preis- und Zinsenkung.

Die Senkung der gebundenen Preise.

Die Preise und Kosten müssen an die veränderte Wirtschaftslage angepaßt werden. Die Notverordnung unterscheidet hierbei zwischen gebundenen Preisen und solchen, die sich im freien Markt bilden. Sie sieht entsprechend den Vorschlägen des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung davon ab, allgemein die Preisbindungen aufzuheben und Kartelle und Syndikate grundsätzlich zu zerschlagen. Das Ziel der Bestimmung liegt vielmehr in einer Auflockerung jener Verbände, die, wie bekannt, auf wichtigen Wirtschaftsgebieten, wie zum Beispiel auf dem der Kohle, der eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie sowie bei den Baustoffen und Düngemitteln, der chemischen, der Papier-, Glas- und Keramikindustrie sowie im Handel, eine bedeutende Rolle spielen. Es wird in der Verordnung verlangt, daß alle Preise, die durch Kartelle, Syndikate und ähnliche Abmachungen sowie durch Verpflichtungsscheine und Lieferungsbedingungen gebunden sind, bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 gesenkt werden. Dieses Verlangen beruht nicht auf einer Nachprüfung der in den einzelnen Wirtschaftszweigen zur Zeit bestehenden Preishöhe — eine solche individuelle Behandlung ist bei der Vielfältigkeit der hier in Betracht kommenden Verhältnisse vollkommen unmöglich —, es beruht vielmehr auf der Feststellung, daß die gebundenen Preise im Verlauf der gegenwärtigen Depression den durch sie bedingten Senkungstendenzen stärkeren Widerstand als die Preise des freien Marktes entgegen-

Die Notverordnung der Regierung.

Sozialversicherung und -fürsorge.

Invaliden- und Unfallversicherung.

Die Schwierigkeiten, in denen sich die Invaliden- und Unfallversicherung befindet, sind für diese Versicherungszweige nicht Schuld, sondern Schicksal. Für die Leistungen, die früher — zum Teil durch Initiativgesetze und unter falscher Würdigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten — den Versicherungsträgern auferlegt wurden, reichen die Beiträge nicht aus, welche die heutige Zeit aufzubringen vermag. Die Verordnung sucht daher einen Weg, der die Rentenversicherung zwischen Klippen und Untiefen ohne Gefahr für den Bestand hindurchführt. Es ist schmerzlich, daß davon auch die Invalidenversicherung betroffen wird. Die Verordnung läßt die Renten in ihrer Höhe und im Kindergeld unberührt, hält aber — in Übereinstimmung mit den Gutachten der Landesversicherungsanstalten — es für notwendig und zeitgemäß, daß zum Beispiel die Kinderzuschüsse und Waisenrenten nicht mehr über das 15. Lebensjahr hinaus gezahlt werden, daß der doppelte und dreifache Bezug von Renten wegfällt oder wenigstens eingeschränkt wird, daß die Hinterbliebenenrenten in ihrem Gesamtbetrag nicht die Hauptrente übersteigen und daß die Versorgung von Witwen, deren Männer beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung (1. Januar 1912) schon Invalide oder tot waren und die nach altem Recht überhaupt keinen Versicherungsanspruch hatten, von der Versicherung wieder auf die Fürsorge übergeht.

In der Unfallversicherung fallen die kleinen Verletztenrenten weg. Dagegen erhalten auf dem Gebiet der Unfallverhütung und Unfallüberwachung die Versicherten das gleiche Stimmrecht wie die Arbeitgeber.

Krankentassen.

Die Verordnung besiegelt den vom Reichsarbeitsministerium vermittelten Frieden zwischen Ärzten und Krankentassen, läßt die Jungärzte nach und nach zur Kassenspraxis zu, schreibt aber als Gesamtvergütung ein gegen 1930 verkleinertes und mit den Löhnen gleitendes Kopfpauschale vor. Um die Versicherten und ihre Arbeitgeber vor höheren Beiträgen zu bewahren, werden die Leistungen für die Krankentassen und Krankentassen, wenigstens zeitweilig, auf die Regelleistungen beschränkt; Mehrleistungen sind nur unter besonderen Umständen und nur mit Zustimmung der Oberversicherungsämter und des Reichsversicherungsamts zulässig.

Fürsorge.

In der Fürsorge bleibt die sogenannte gehobene Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner grundsätzlich aufrechterhalten. Bei Ausmaß der Unterstützung tritt jedoch an die Stelle des vorgeschriebenen Zwanges das pflichtgemäße Ermessen der Fürsorgengremien und die Rücksicht auf die Eigenart des Falles.

Arbeitsrechtliche Vorschriften.

An den rechtlichen Grundlagen des Kollektivarbeitsrechts ändert die Verordnung in Übereinstimmung mit der Auffassung des Wirtschaftsbeirats nichts. Die Reichsregierung hält es aber, wiederum von dem Ergebnis der Beratungen des Wirtschaftsbeirats ausgehend, für erforderlich, daß bei der praktischen Ausgestaltung der Tarifverträge noch mehr als bisher den unterschiedlichen Verhältnissen der einzelnen Gebiete und Wirtschaftszweige Rechnung getragen wird.

Das Tarifvertragssystem.

Für diesen allmählichen Umbau des Tarifvertragssystems muß aber zunächst hinsichtlich der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten eine der Lage der Gesamtwirtschaft entsprechende Grundlage geschaffen werden. Die Reichsregierung ist auch auf Grund der Beratungen des Wirtschaftsbeirats der Auffassung, daß die erforderliche Preisenkung in vielen Wirtschaftszweigen nur erfolgen kann, wenn die Produktionskosten erheblich gesenkt werden. Unter den Bestandteilen der Produktionskosten ist das Arbeitsentgelt von besonderer Bedeutung. Eine fühlbare Senkung der Produktionskosten kann deshalb meist nicht ohne eine entsprechende Senkung der Löhne und Gehälter durchgeführt werden. Dabei glaubt die Reichsregierung, daß grundsätzlich auf den Stand zu einer Zeit zurückgegangen werden muß, in der nach Krieg, Inflation und Währungsstöße ein gewisses Gleichgewicht erreicht war: das heißt, auf den Stand im Anfang des Jahres 1927, ohne daß dabei in allen Wirtschaftszweigen und in allen Einzelheiten genau die Lohnregelung zu diesem Zeitpunkt wieder erreicht werden müßte oder könnte. Was in der späteren Zeit etwa im Lohnsystem als unrichtig oder unzumutbar erkannt und verbessert worden ist, kann nicht wieder eingeführt werden.

Das Zurückgehen auf den Anfang des Jahres 1927 bedeutet im allgemeinen eine beträchtliche Kürzung der Löhne und Gehälter. Die Reichsregierung ermittelt die ganze Schwere dieser Maßnahme, glaubt sie aber den Arbeitnehmern zumuten zu können, weil die Lebenshaltungskosten bereits gesunken sind, und zwar nach der Lebenshaltungsmessung unter den Stand von 1927, und weil die Reichsregierung im Gesamtergebnis von ihren Maßnahmen eine weitere bedeutende Verbilligung der Lebenshaltung erwartet, die auf die Dauer eine Senkung des Reallohns verhindert. Die weitere Verbilligung der Lebenshaltung und damit die Erhaltung des Reallohns kann aber nur erreicht werden, wenn die Herabsetzung der Gesamtkosten der Wirtschaft zu gleicher Zeit eintritt. Ein allmähliches Absinken der Gestehungskosten würde eine schleunige Preisenkung nicht herbeiführen.

Der Reichsregierung war deshalb im Rahmen ihres Gesamtprogramms zunächst die Aufgabe gestellt, Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zu einem bestimmten nahen Zeitpunkt allgemein auf einen im voraus bestimmten Stand zu senken. Da die Löhne und Gehälter in der großen Mehrzahl der Tarif-

Ausnahmerecht gegen Bergarbeiter.

gestellt haben. Der geforderte Satz der Preisherabsetzung von 10 Prozent muß angesichts der durch die Notverordnung nach den verschiedensten Richtungen hin herbeigeführten Minderung der Selbstkosten als tragbar bezeichnet werden. Werden die Preise nicht in diesem Ausmaß herabgesetzt, so sind ihre Bindungen am 1. Januar 1932 nichtig.

Die Senkung der Preise für Markenwaren, die gebunden sind, hat in der Weise zu erfolgen, daß der Preis durch das Zusammenwirken aller daran beteiligten Wirtschaftsklassen (Hersteller und Handel) gleichzeitig um mindestens 10 Prozent bis zum 1. Januar 1932 gesenkt wird. Preisempfehlungen, wie sie zum Beispiel im Handwerk, im übrigen Leistungsgewerbe und im Einzelhandel häufig sind, dürfen im inländischen Geschäftsverkehr nur erteilt werden, wenn die empfohlenen Preise entsprechend herabgesetzt sind.

Um die ermäßigte Preislage für die Zukunft nach Möglichkeit sicherzustellen, ist angeordnet worden, daß die Erhöhung festsitzender Preise und die Einführung neuer Preisbindungen in der Zeit bis zum 1. Juli 1932 genehmigungspflichtig sind. Zu widerhandlungen hiergegen wie auch sonstige Versuche, die Vorschriften dieses Kapitels zu umgehen, sind unter Strafe gestellt.

Unterjenseits kann der zuständige Reichsminister, wenn er eine weitere Preisentkung für notwendig hält, im Einzelfall eine über 10 Prozent hinausgehende Senkung verlangen.

Besonders geregelt sind die Preisbindungen in der Kohlen- und Kaliwirtschaft. Den Zwangsverbänden haben mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ihre Preise um 10 Prozent zu senken. Die Kohlenverbände und Kohlengroßhändler dürfen künftig Einzelhändler nicht bestrafen, weil sie durch örtliche Händlerorganisationen festgesetzte Kleinverkaufspreise nicht eingehalten haben. Für die Preisbindungen im Kohlenhandel ist eine besondere Regelung vorbehalten, die der Reichskommissar für Preisüberwachung erlassen wird. Dieser hat im übrigen auch die Befugnis, über die Auswirkung der allgemeinen Bestimmungen hinaus in die gebundenen Preise einzugreifen. Für örtliche Kartelle kann die Reichsregierung ihre Befugnisse auf die oberste Landesbehörde übertragen.

Die Senkung der freien Preise.

Der Preisbeeinflussung der lebenswichtigen Waren und wirtschaftlichen Leistungen des freien Marktes dient die Einsetzung eines Reichskommissars für Preisüberwachung mit außerordentlichen Vollmachten. Er kann mit dem Ziel der Preisentkung Vorschriften oder Anordnungen über alle Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder für lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs erlassen und wird seine besondere Aufmerksamkeit der Befreiung überhöhter Preise in den Preisen zuwenden. Der sachliche Arbeitsbereich des Reichspreiskommissars ist dabei praktisch unbegrenzt. Er kann zum Beispiel also am Lebensmittelmarkt eingreifen und die überhöhten Preise für industrielle Erzeugnisse herabsetzen, die für Landwirtschaft und Gewerbebetriebe sowie für jeden Haushalt von Bedeutung sind. Er kann außerdem aber auch für angemessene Senkung der Wertschöpfungs- und Tarif- für handwerkliche Leistungen (Reparaturen usw.) Sorge tragen. Es bleibt ihm überlassen, ob er auf freiwillige Senkung durch die Beteiligten hinwirken oder aber mit Zwang vorgehen will. Zur Senkung der Preise für Straßen-, Klein- und Privatbahnen ist ein besonderer Anreiz dadurch gegeben, daß für den Fall der Ermäßigung der Fahrpreise die Beförderungssteuer ganz oder teilweise zu erlassen ist. Das weitere Recht des Reichskommissars, Betriebe zu schließen, die sich seinen Anordnungen nicht fügen oder sonst die Betriebserfordernisse Zuverlässigkeit nicht besitzen, und die Befugnis des Preisbilderszwanges sowie die Pflicht zur Führung von Preisverzeichnissen in Läden und auf dem Markt einzuführen, kennzeichnen die Bewegungsfreiheit des Preiskommissars.

Die Zinsentkung.

Die letzten Jahre haben in Deutschland, zum Teil infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit, eine Steigerung des Zinsfußes mit sich gebracht, der die deutsche Wirtschaft außerordentlich ungünstig beeinflusst und in einer Reihe von Wirtschaftszweigen mit der zu erzielenden Rente nicht mehr vereinbar ist. Das von der Reichsregierung verfolgte Ziel einer allgemeinen Gesundung kann daher nicht erreicht werden, ohne daß gleichzeitig mit den anderen Maßnahmen eine merkliche Senkung der Zinshöhe herbeigeführt wird. Sie wird wesentlich dazu beitragen, die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft zu mindern und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland stärken. Gleichzeitig soll sie aber auch bewirken, daß die den Zinsen zugrunde liegenden Kapitalforderungen sicherer und besser werden als bisher. Damit wird auch dem Gläubiger gerade in der gegenwärtigen Krisenzeit ein wichtiger Dienst geleistet. Ein niedrigerer Zinsfuß ist zugleich der Ausgangspunkt für eine Gesundung der deutschen Volkswirtschaft auf der Grundlage gesicherter Rentabilität der produktiven Betriebe. Die Notverordnung sieht daher vor, daß die Zinsen für alle langfristigen Forderungen um rund ein Viertel, jedoch nicht unter 6 Prozent gesenkt werden. Bei den besonders überhöhten, über 12 Prozent hinausgehenden Zinsen ist eine noch stärkere Herabsetzung vorgesehen. Wichtig ist, daß die Herabsetzung der Zinsen auch für die Zukunft wirksam bleibt, bis die Gesundung der Wirtschaft von sich aus ein regelrechtes Funktionieren des Geld- und Kapitalmarktes gewährleistet. Deswegen ist die Maßnahme der Zinsentkung bei den bestehenden Anlagen mit einer gewissen Sicherung der Kündigungsfristen verbunden. Gleichzeitig ist Vorsorge getroffen, daß die Emissionspolitik der Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten auch für die Zukunft richtig gelenkt werden kann.

Die Maßnahmen auf dem Kapitalmarkt bedingen naturgemäß auch eine gewisse Einflusnahme auf die Zinsen im Geldmarkt. Die auch im Geldmarkt sich ergebenden besonders großen Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung fordern aber hier eine elastische Behandlung. Deswegen ist in der Notverordnung vorgesehen, die Beeinflussung der Debitzinsen auf dem Geldmarkt organisch, ausgehend von den Habenzinsen, herbeizuführen. Der Reichskommissar für das Bankgewerbe hat zu diesem Zweck Vereinbarungen zwischen den Spitzenverbänden

Eine unmögliche und für die Bergarbeiter fast unglückliche Bestimmung enthält die neue Notverordnung bezüglich einer Neuregelung der Bergarbeiterlöhne. Es ist nämlich so, daß in einzelnen Bergbauabzweigen die Löhne nur noch 1 bis 3 Prozent über dem Stand vom Januar 1927 liegen. Trotzdem aber sollen auch hier die Löhne im Ausmaß von zehn Prozent weiter abgebaut werden, weil das im Interesse einer günstigen Gesamtentwicklung unvermeidlich sei.

Daß dieses ungeheure Sonderopfer ausgerechnet von den Bergarbeitern gefordert wird, ist tatsächlich unverständlich. Um so mehr, da vor kurzem, als die Bergarbeiter mit ihrer Knappschaftsversicherung in Not waren, die Allgemeinheit — in diesem Falle die Regierung — sich ihrerseits außerstande erklärte, ausreichende Hilfe leisten zu können, was bis zur Stunde noch Geltung hat. Selbst also in größter Sorge um ihre Versicherung und im Kampfe um dieselbe von der Regierung und der Allgemeinheit nicht ausreichend unterstützt, weil man solches Opfer nicht rechtfertigen könne, sollen aber die Bergarbeiter umgekehrt an die Allgemeinheit von ihrer Hungerration noch einen Sonderbeitrag zu leisten haben.

Schon vom Standpunkte der einfachen Gerechtigkeit also ist diese Ausnahmehandlung unhaltbar. Ebenso aber ist sie auch wirtschaftlich in keiner Weise begründet. Ist doch die Leistung, berechnet auf den Kopf der Belegschaften, in manchen Abzweigen um mehr als die Hälfte gesteigert worden. Trotzdem eine ständig steigende Belastung des Bergmanns mit materiellen und sozialen Opfern! Dabei nahmen die Bergarbeiter immer noch freiwillige Opfer „im Interesse der Gesamtheit“ auf sich.

Als in den ersten Jahren nach dem staatlichen Zusammenbruch die Welt nach Kohlen hungerte und Deutschland eine Aktivierung seiner Handelsbilanz bringen benötigte, verführten die Bergarbeiter zahlreiche Uberschichten. Als infolge des Ruhereinbruchs und der Inflation der wirtschaftliche Wiederaufstieg einsetzte, gaben die Bergleute die Stiebslumpensackel preis und leisteten Mehrarbeit. Obwohl diese nur solange geleistet werden sollte, bis der Schichtförderanteil von 1913 erreicht sei, wird sie heute noch geleistet, heute noch, wo das Ziel um mehr als 60 Prozent überschritten ist.

Als Dank für die Notopfer, die die deutschen Bergarbeiter bisher der Nation brachten, kommt nun eine Notverordnung, die

besagt, daß für alle deutschen Staatsbürger die Einkommen zu senken sind, nicht aber unter den Stand von Januar 1927. Nur für die Bergarbeiter soll das nicht gelten. Daß man damit für die Bergarbeiter, deren tragisches Berufsrisiko infolge fürchterlicher Unglückschicksale immer wieder die Welt erschütterte, daß man damit gegen die ärmsten und treuesten Söhne der Nation ein bitteres Unrecht, ein Ausnahmerecht schafft, kümmert die Verantwortlichen scheinbar sehr wenig. Als wirtschaftlichen Rechtfertigungsversuch, wie sie beispielsweise Herr Stegerwald kürzlich in einer Rede zu Münster unternahm, prallen an der Tatsache ab, daß in jeder Tonne Kohlen, die im Ruhrbergbau gefördert wird, nur noch fünf Mark Lohnkosten stecken und auf der anderen Seite zahlreiche Bergarbeiterfamilien schon heute nur notdürftig existieren können. Es kommt hinzu, daß auch der Reichsarbeitsminister trotz des geplanten Lohnabbaues einen Fortschritt oder eine erhebliche Verminderung der zahlreichen Feierschichten nicht in Aussicht stellen kann. Da aber bei den vielen fixen Ausgaben einer Bergarbeiterfamilie im Ruhrgebiet nur 70 bis 100 Mark, oft noch weniger, für den Lebensunterhalt pro Monat verbleiben, so bedeutet jeder weitere Lohnabbau eine unverantwortliche Verwüstung der Arbeitskraft. Was unter diesen Umständen aus der bereits durch die Krisenwirkungen verestimmten Knappheit, der sozialen Versicherung der Bergarbeiter, werden soll, ist mehr als fraglich.

Fraglich ist vor allem auch, ob die Gesinnungsfreunde unseres Reichsarbeitsministers, die vor einigen Jahren im Ruhrgebiet noch Vorträge über die Entproletarisierung der Arbeiter schätzten, heute noch Mut und Gelegenheit dazu finden würden. Das klingt hart. Aber man soll aussprechen, was ist. Alle diejenigen, die sich für das nationale Schicksal wirklich verantwortlich fühlen, haben die Pflicht, auch mit dem sozialwirtschaftlichen Nachhaken zu arbeiten. Das ist, soweit im Rahmen der Notverordnung das Ausnahmerecht gegen die Bergarbeiter in Frage kommt, nicht geschehen.

Wir möchten in letzter Stunde noch einmal warnen, diesen Kurs beizubehalten und erwarten bestimmt, daß man endlich einseht, daß der Bergmann nicht der Pate für die Gesamtheit sein darf, sondern daß die Gesamtheit umgekehrt dem Bergmann noch viel an Gegenleistung zu gewähren hat.

Der Kreditinstitute herbeizuführen über die Höhe der künftig zu zahlenden Habenzinsen und über die Berechnung der Provisionen bei der Weitergabe der Gelder an Dritte.

Der Eingriff in die Wohnungswirtschaft. Die Mietentkung.

In dem Bestreben, die Gestehungskosten der Volkswirtschaft zu senken und zugleich die Kosten der Lebenshaltung dem verminderten Einkommen weiter Bevölkerungsteile anzupassen, sieht die Notverordnung eine Mietentkung sowohl der Wohn- als der gewerblichen Räume vor. Die Grundlage für eine solche Mietentkung ist geschaffen durch die Herabsetzung des Zinsfußes in Verbindung mit der Neuregelung der Hauszinssteuer.

Allerdings ist es nicht möglich, die Mietentkung allgemein und gleichmäßig für alle in Frage kommenden Mietverhältnisse vorzuschreiben. Sie ist am einfachsten durchzuführen bei den Räumen, die den Vorschriften des Reichsmietengesetzes unterliegen. Hier kann die Mietentkung in der Verordnung zahlenmäßig vorgeschrieben werden, weil die zu zahlende Miete im Anschluß an die Friedensmiete gesetzlich festgelegt ist. Ebenso kann bei den Räumen verfahren werden, die zwar den Vorschriften des Reichsmietengesetzes nicht mehr unterliegen, die jedoch bereits vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind und für die daher die Friedensmiete zu ermitteln ist. Eine Senkung um 10 Proz. der Friedensmiete bedeutet eine fühlbare Entlastung des Einzelhaushalts. Sie ist andererseits für den Vermieter tragbar, da die durch die Notverordnung vom 6. Oktober vorgeschriebene Hauszinssteuerentkung von einer Festsetzung der Zinsen für die Aufwertungshypotheken auf 7½ Proz. ausgeht, während nunmehr durch die Vorschriften über die Zinsentkung nur ein Aufwertungszinsfuß von 6 Proz. festgesetzt ist.

Bei den Neubauwohnungen ist eine unterschiedslose Herabsetzung des Mietzinses unter Zugrundelegung einer Friedensmiete nicht möglich, weil der Mietzins nicht gesetzlich festgelegt und eine Friedensmiete nicht zu ermitteln ist. Die Miete in den Neubauwohnungen ist vielmehr durch die in den letzten Jahren sehr verschiedene Höhe der Baukosten und durch die sehr unterschiedliche Art der Finanzierung bedingt. Hier kann daher nur so vorgegangen werden, daß die tatsächliche Entlastung, die der Vermieter im einzelnen Fall durch die Zinsherabsetzung erfährt, von der Miete in Abzug gebracht wird. Die Möglichkeit zur Mietentkung in den Neubauten wird daher ebenfalls sehr verschieden sein, zweifellos aber in der überwiegenden Zahl der Fälle recht erhebliches Ausmaß haben. Um möglichst schnell die Miete festzustellen, die in Neubauten vom 1. Januar 1932 an zu zahlen ist, wird in den Ausführungsbestimmungen dem Vermieter die Verpflichtung auferlegt werden, den Mietern unverzüglich die neue Mietberechnung mitzuteilen. Besonders Berücksichtigung erfordern die Fälle, in denen der Mietzins bereits von den Vermietern im Laufe des letzten Jahres herabgesetzt worden ist. Diese Herabsetzung soll bei der angeordneten Mietentkung angerechnet werden.

Außerordentliche Kündigung von Mietverträgen.

Neben der Mietentkung gibt die Verordnung dem Mieter ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Altbau oder Neubau, um Wohnungen oder Geschäftsräume handelt, das einmalige außerordentliche Recht, eines vor dem 15. Juli geschlossenen, über den 31. März 1932 hinauslaufenden Mietvertrag vorzeitig zu dem letztgenannten Termin durch eine spätestens am 5. Januar 1932 dem Hauswirt zugehende Kündigung zur Auflösung zu bringen. Dieses Kündigungsrecht soll nur aus geschlossenen sein, wo der Hauseigentümer sich mit dem Mieter im Laufe des Jahres 1931 auf eine Senkung des Mietzinses um mindestens 20 Prozent geeinigt, also ihm einen Teil seiner wirtschaftlichen Sorgen bereits abgenommen hat, oder wo der Vermieter auf besonderen Wunsch des Mieters kostspielige Um- oder Ausbauten der Räume — insbesondere für Geschäftszwecke — vorgenommen hat und sich dafür eine längere Vertragsdauer hat garantieren lassen.

Abbau der Wohnungswirtschaft.

Der Wohnungsmarkt hat sich weiter in der Richtung entwickelt, daß die Spanne zwischen Angebot und Nachfrage nach und nach immer weiter abgenommen hat. Dies gilt namentlich für die größeren Wohnungen. Bei diesen ist vielfach sogar ein Überangebot zu beobachten. Die Mieter derartigen Wohnungen sind daher der Gefahr einer Ueberbeurteilung nicht mehr in dem Maße ausgesetzt, daß zu ihren Gunsten die mit der Zwangswirtschaft verbundenen Eigentumsbeschränkungen noch weiter aufrechterhalten werden müßten. Demgemäß können für diese Wohnungen das Reichsmieten- und Mieterschutzgesetz aufgehoben werden. Als Zeitpunkt für den Eintritt dieser Maßnahme ist der 1. April 1932 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt können mithin Mietverhältnisse über teure Wohnungen gekündigt und neue Mieten vereinbart werden. Dasselbe gilt für Geschäftsräume. Diese bleiben jedoch geschützt, wenn sie in räumlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang mit Wohnräumen stehen und die Friedensmiete unter den Sätzen für die erwähnten Großwohnungen bleibt. Schließlich bedürfen auch Untermietverhältnisse jetzt keines besonderen Schutzes mehr, da auf diesem Gebiet im allgemeinen ein erhebliches Ueberangebot besteht. Aber auch soweit hienach Wohnungen und Geschäftsräume aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden, bleiben in Zukunft die Paragraphen 49 a und 52 c des Mieterschutzgesetzes anwendbar, d. h. Forderungen, Annahmen oder Besprechungen von unangemessenen hohen Mieten bleibt verboten und strafbar. Derartige Mieten können im Prozeßweg auf das angemessene Maß herabgesetzt werden. Einem zur Räumung verurteilten Mieter kann auf seinen Antrag eine Räumungsfrist gewährt werden. Der Mieter kann mit Reparaturforderungen aufrechnen, auch wenn es im Vertrag verboten ist. Die fristlose Kündigung des Vermieters bleibt auf die im Mieterschutzgesetz genannten Fälle beschränkt. Im übrigen beträgt die Kündigungsfrist auch bei Monatsmiete ein Vierteljahr (abgegeben von Untermietern).

Kohlen- und Kalipreis in der Notverordnung.

Die auf die Kohlenwirtschaft bezüglichen Bestimmungen haben folgenden Wortlaut: Im ersten Teil, Kapitel 1, der Notverordnung. Es heißt in § 3:

- (1) Für die Kohlenwirtschaft gelten folgende besondere Bestimmungen:
 1. Die im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger von dem Reichskohlenverband zuletzt veröffentlichten Preise der Steinkohlen- und Braunkohlen-Syndikate werden mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab um 10 Proz. gesenkt. (Es handelt sich um die Erzeugerpreise ab Werk. — D. Schriftl.)
 - (2) Der Reichswirtschaftsminister kann Bestimmungen über Preisnachlässe der Syndikate treffen. (Diese Bestimmung betrifft die Rabatte. — D. Schriftl.)
 - (3) Die Syndikate der Kohlenwirtschaft und solche Unternehmungen des Kohlengroßhandels, die für bestimmte Gebiete ausschließlich lieferungsberechtigt sind, dürfen gegen Einzelhändler Maßnahmen im Sinne des § 9, Abs. 1, der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 und Vertragsstrafen wegen Unterschreitung von Kleinverkaufspreisen, die durch Verträge oder Beschlüsse der in § 1 bezeichneten Art gebunden sind, nicht verhängen. Sie dürfen Einzelhändler beim Bezuge inländischer Brennstoffe nicht beschränken.
 - (4) Für die Preisbindungen des Kohlen Einzelhandels erfolgt eine besondere Regelung.
 - (5) Für die Kaliwirtschaft gelten folgende besonderen Bestimmungen:
 1. Die in der Bekanntmachung des Reichskalivertages vom 22. Dezember 1926 festgesetzten Kalifalz-Höchstpreise für das Inland sind bis zum 1. Januar 1932 um 10 Proz. zu senken.
 2. Der Reichswirtschaftsminister kann Bestimmungen über die Preisnachlässe des Deutschen Kalisyndikats treffen.

Haßgefänge der Konterrevolution.

Alles Geplänkel im politischen Kampf geht am Ende um die Schlüsselstellung der Gewerkschaften. In ihnen sieht der maßgebende Teil der Unternehmer die konzentrierte Kraft in der Verteidigung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der Kampf gegen das Tarifsystem und die sonstigen sozialen Rechte ist ein Mittel, mit Hilfe dessen man die Gewerkschaften zu treffen sucht. Die Konterrevolution rennt deshalb mit verstärkter Wucht gegen den gewerkschaftlichen Block an. Es war für sie sehr schmerzhaft, daß der vereinten Reaktion von Harzburg eine einheitliche Front der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen entgegengestellt wurde. Die Führer in dem Kampfe gegen die Gewerkschaften sind in der Rohstoffindustrie zu suchen. Ein Häupter der Gewerkschaften ist der Kalkindustrielle August Rosterg. Dieser macht aus seinem Herzen keine Mördergrube und spricht das rückhaltlos aus, was zahlreicher Unternehmer denken.

In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 279) befaßt sich Rosterg mit der Rundfunkrede des Reichskanzlers zur Winterhilfe. Er hält den Weg, an die Wohltätigkeit des Volkes zu appellieren, nicht für richtig, sondern er sieht in dem Kampf gegen die Gewerkschaften das einzige Mittel, um über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen. Nach seinen Worten geht es hier „wie im Urwald und an der Börse: Aug' und Auge, Zahn um Zahn“. Mit dem bisherigen System müsse vollkommene ausgeräumt werden. Deshalb bezweifelt Rosterg, daß dies mit den jetzigen Partein im Parlament zu machen sein wird. Vorläufig habe sich niemand gefunden, auf nichtparlamentarischem Wege die ungeheure lebenswichtige Frage zu lösen, „die darin bestehen würde, die Gewerkschaften aus der Wirtschaft auszuschalten. Nur innerhalb einer freien deutschen Wirtschaft werden die Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot finden können. Ich behaupte, daß es keinen anderen Weg gibt, als den der freien Wirtschaft.“

Unter „freie Wirtschaft“ verstehen diese Herren nur die vollständige Lösung von den tariflichen Bindungen und Beseitigung aller Schutzgesetze, die gegen die rücksichtslose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft errichtet wurden. Natürlich wollen sie die wie ein Alp auf der Wirtschaft liegende Verbandshegemonie, deren Spitze sie bilden, unumschränkt erhalten wissen. Es ist ein Schauspiel für Götter, diese Demagoguen in der Arena des Kampfes für die wirtschaftliche Freiheit sehten zu sehen. Weil sie unfähig sind, dem Volke neue Wege zu weisen, deshalb schimpfen sie auf den Popanz Gewerkschaften. Rosterg erlaubt

sich, folgendes zu schreiben: „Unser Schicksal sind lediglich die Gewerkschaften. Wenn die nicht sein würden, dann würde der Zustand in unserem Lande heute ganz anders sein. Dann würden wir nicht am Boden liegen, sondern dann würde das deutsche Volk ganz sicher an besserer Stelle stehen.“

Diese ungeheuerliche Behauptung wird ausgesprochen, ohne eine Begründung dazu zu geben. Kein Wunder ist es aber, wenn Rosterg den Ausgang der heftigen Wahlen begrüßt. Man erzählt aus dieser Stellungnahme, eine wie große Hoffnung die Vertreter der Rohstoffindustrie auf die Nazis legen. Sie sind ihre einzige und letzte Hoffnung. Und deshalb hoffen sie, mit Hilfe der Nazis die Verfassung zu ändern, „weil es nicht angängig ist, daß durch die Bevorzugung einer einzigen Klasse unser Volk zugrunde geht, denn es war sicher bei Aufstellung der Verfassung nicht beabsichtigt, eine einzelne Klasse zum Nachteil des gesamten Volkskörpers zu bevorzugen.“

Mit Erstaunen wird man hören, daß die Arbeiterklasse und mit ihr die Gewerkschaften zur bevorzugten Klasse im heutigen Deutschland gehören sollen! Aber es ist nur Haß, nichts als Haß, was diese Leute so gegen die Gewerkschaften reden und schreiben läßt. Das „nordische Herrenblut“ dieser nazionistischen Arrier lehnt sich dagegen auf, daß ihr Sklave von gestern, der Prolet, ihm in diesem Staate gleichberechtigt gegenübersteht. Mit dieser „unerhörten Bevorzugung“ soll endlich Schluss gemacht werden. Adolf Hitler ist ihr Mann. Er liefert dem „nordischen Herrenblut“ die Kampftruppe der Konterrevolution, mit dem „die rebellierende Masse“ wieder zur Raison gebracht werden soll, wie Hitler selbst in seiner Presse verkünden läßt. Unter rebellierender Masse versteht man die um ihren Lohn kämpfende Arbeiterschaft. Nun wittert das ganze Geschmeiß Morgenluft und glaubt schon ungeniert seinem Haß Luft machen zu können. Wir raten zur Vorsicht. Noch gibt es eine organisierte Arbeitermacht!

Alle die irreführten Arbeitermassen müßten aus diesem verbitterten Haß einzelner Großkapitalisten die richtige Lehre ziehen. Diese besteht darin, sich reslos um die Gewerkschaften zu scharen. Denn je mehr die Gegner über eine Sache schimpfen, je besser ist sie. Der Kampf der Verfechter gegen die Gewerkschaften ist ein Symptom der Zeit, wo alles auf des Messers Schneide steht und sollte die Arbeiter und Angestellten ermutigen, mit dem gleichen Eifer und dem gleichen Haß gegen ihre Gegner vorzugehen!

der die Uebernahme wichtiger Positionen Menschen, die das Kampfgefände, auf welchem die Planwirtschaft errichtet werden soll, genau kennen, die sich also genügend Wissen angeeignet haben. Den Einwand radikaler Elemente, daß es so niemals zur Machtgerreifung komme, zerstört schon Karl Marx, indem er sagt: „Eine erfolgreiche soziale Revolution, die eine neue Gesellschaftsformation mit sich bringt, ist nur möglich, wenn die alte Formation schon alle in ihr möglichen Produktivkräfte und gleichzeitig auch schon die Keime der neuen Formation entwickelt hat.“

Wer will es wagen, zu behaupten, daß diese Keime der neuen Formation noch nicht vorhanden sind? Nur müssen wir versuchen, diese Keime, die noch nicht stark genug sind, in ihrem Wachstum zu stärken. Einstellung der Bildungsarbeit bedeutet aber nicht Stärkung, sondern Schwächung der Keime, bedeutet weiter, den Kapitalisten des herrschenden Systems ihren Kampf um die Zerstörung dieser Keime zu erleichtern. Es kann und darf den Unternehmern nicht gelingen, die von der Arbeiterschaft erkämpften Positionen mit Hilfe der Krise zu zerklagen. Das erfordert von der Arbeiterschaft große Opfer und Mut, aber auch vor allem klares Erkennen der Lage durch den einzelnen.

Daß hier noch viel zu wünschen übrigbleibt, zeigt das Wachstum der wirtschaftsfriedlichen (gelben) Organisation und der überradikalen RSD. Alle diese Arbeiter haben die Lage nicht erkannt und sind auf die Irreführung durch die Unternehmer hereingefallen, die da sagen: „Durch die Keime — um beim Beispiel von Marx zu bleiben —, die von der neuen Formation in die alte hineingewachsen sind, ist ein Funktionieren des alten Systems nicht mehr möglich, deshalb tragen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, die Vertreter der neuen Formation, die Schuld an der jetzigen Krise.“ Daß diese geradezu sinnlose Behauptung überhaupt Erfolg haben kann, beweist, daß noch sehr viel Bildungsarbeit geleistet werden muß und daß eine Einstellung derselben, wenn auch nur vorübergehend, schwere Folgen nach sich ziehen müßte.

Gerade das Gegenteil von dem, was die Kritiker wollen, würde erreicht. Die Zahl derer, die nach dem Bezug ihrer statistischen Unterstützung der Gewerkschaft den Rücken kehren, wäre viel größer als das heute in Wirklichkeit ist. Die Früchte der geleisteten Bildungsarbeit machen sich schon heute angenehm bemerkbar durch eine ziemlich stabile Mitgliederzahl. Unsere Aufgabe muß es deshalb sein, diese Stabilität zu erhalten. Ein wirksames Mittel dazu ist die Bildungsarbeit. Die Forderung darf deshalb nicht lauten: „Wir wollen Brot statt Wissen“, sondern: „Gebt uns mehr Wissen, dann ist uns das Brot gesichert.“ Albert Planert.

Brot statt Wissen.

„Wir wollen Brot statt euer Wissen!“ Diese und ähnliche Redewendungen kann man in dieser furchtbaren Krise immer wieder hören. Angesichts der gekürzten Unterstützungssätze in den Gewerkschaften scheint diese Forderung bei oberflächlicher Betrachtung eine gewisse Berechtigung zu haben. Sie beweist aber in Wirklichkeit, daß noch viel Bildungsarbeit zu leisten ist. Viele Kameraden lassen eben außer acht, daß die Gewerkschaften keine Unterstützungskassen sind, sondern die Aufgabe haben, unter Wahrung der Gemeinwirtschaftsinteressen die Lebenshaltung ihrer Mitglieder auf einen so hohen Stand zu bringen, daß sie entsprechend ihrer gemeinwirtschaftlichen Bedeutung an den Errungenschaften der Kultur teilnehmen können. Dies soll erreicht werden durch Abschluß von Tarifverträgen, Aufklärung und Bildung der Mitglieder usw. Ferner sollen die Mitglieder finanziell unterstützt werden bei Streiks, Maßregelungen, Aussperrung, Erwerbslosigkeit und bei Sterbefällen, soweit es die Klassenverhältnisse gestatten.“

Dies ist festgelegt im Statut unseres Verbandes, das jedes Mitglied anerkennen muß. Daß die Klassenverhältnisse in der heutigen Krise, wo Zehntausende der Mitglieder langfristiger erwerbslos sind und nur Ausgesteuertenmarken leben, während ein großer Teil der übrigen Mitglieder wegen Kurzarbeit unterstützt wird, nicht gerade günstig sind, braucht wohl nicht erörtert zu werden. Bei solcher Ueberlastung erwächst aber nach dem

Statut die Pflicht, die Unterstützungssätze zu regulieren und Sparmassnahmen zu ergreifen. Daß das nicht gerade agitatorisch wirkfame Massnahmen sind und diese darum auch nur schweren Herzens durchgeführt werden, ist selbstverständlich. Soll aber die Kampftruppe der Gewerkschaften erhalten bleiben, dann muß zu solchen Massnahmen gegriffen werden.

Hier tritt nun die in der Ueberschrift enthaltene Forderung auf mit der Begründung, daß in Notzeiten zuerst an den Ausgaben der Bildung eingespart werden müsse und erst an letzter Stelle an der Unterstützung. Diese Forderung erfüllen, hieße aber die gewerkschaftliche Tätigkeit nur auf die Gegenwart zu verlegen, ohne an die Zukunft zu denken. Wir wollen und müssen aber an die Zukunft denken, ohne dabei die schwere Arbeit für Gegenwartestagen zu vernachlässigen. Wir müssen vor allem auch dafür sorgen, daß diese Krise überwunden wird und neue unmöglich werden, was aber nur möglich ist durch die Beseitigung des kapitalistischen Systems und Schaffung einer Planwirtschaft.

Dies alles kann aber nicht erreicht werden durch Phrasendruck, sondern muß erkämpft werden. Das heißt, die Arbeiterschaft muß versuchen, eine Position nach der anderen zu erobern, um so nach und nach zur Macht zu gelangen. Das erfordert allerdings eine gewisse Zeit, in welcher die Geduld der Arbeiterschaft auf eine harte Probe gestellt wird. Hier tritt die Bildungsarbeit in Erscheinung und erhält Kampfscharakter.

Nur diejenigen werden die Geduldsprobe bestehen, die die ganze Entwicklung kennen und richtig verstehen. Zudem erfor-

Die Not der Wirtschaftskrise

drückt am härtesten die arbeitende Bevölkerung. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit wird immer größer und verschlimmert das allgemeine Elend. Dies aber

kann nur beseitigt werden,

wenn die Arbeiterschaft erkannt hat, daß nicht Phrasen und große Worte ihr helfen, sondern daß allein der wirtschaftliche Zusammenschluß aller Schaffenden aus der Misere führt, also

durch starke Gewerkschaften!

Diskussion über Zeitfragen.

Ausnahmerecht gegen Bergarbeiter. Die Auffassung Stegerwalds. Die wirtschaftliche Situation. Die Reaktionen in Opposition. Wohin steuert Brüning?

„Das ist aber doch die Höhe, mit dieser neuen Notverordnung. Sie stellt ja die Bergarbeiter geradezu unter Ausnahmerecht, wenigstens zum Teil.“

„Du meinst wegen der Bestimmungen über Lohnabbau?“

„Natürlich! Es ist doch so, daß auf der ganzen Linie die Löhne und Gehälter ab 1. Januar um 10 bzw. 9 Prozent gekürzt werden sollen, damit der Lohnstand vom Januar 1927 wieder gilt. Nun liegt aber der Lohn in einzelnen Bergbaubezirken nur noch wenig über diesem Lohnstand. Trotzdem aber sollen auch diese Bezirke einen zehnprozentigen Lohnabbau erfahren.“

„So ist es in der Tat. Die Zeitbesitzer haben es eben fertiggebracht, der Regierung die Auffassung zu suggerieren, daß es ihnen ganz besonders schlecht ginge in dieser Krise.“

„Ach, ich habe da auch etwas gelesen von Adam Stegerwald, der in Münster auf einer Zentrumsversammlung redete. Warte mal, da habe ich doch, noch die Zeitung, die darüber berichtete. Daß mal auf, was Stegerwald dort wirklich ausführte: „Besonders hart sind die Lohnkürzungen im Bergbau. Die Bergarbeiter sind in den beiden hauptsächlichsten Kohlenländern Europas, in Deutschland und England, im Vergleich zur Vorkriegszeit und zu anderen Arbeitergruppen hinsichtlich der Lohnhöhe immer weiter zurückgedrängt worden. Wenn aber die Preisentwertung einen Sinn haben soll, dann läßt sie sich bei dem ersten industriellen Urrohstoff, bei der Kohle, in nicht geringerem Ausmaß durchführen als in anderen Gewerben. Der Kohlenbergbau befindet sich aber im Gegensatz zur Vorkriegszeit, wo es von Jahr zu Jahr vorwärts ging, jetzt umgekehrt schon seit Jahren in einer schweren europäischen Krise. Dazu kommt, daß der Lohnanteil an der Kohle mit am höchsten ist von allen Industrieprodukten. Alles das wirkt dahin zusammen, daß es gegenwärtig so schwer ist, den Bergleuten eine halbwegs erträgliche Existenz zu verschaffen. Was meinerseits im letzten Jahre zur Erleichterung des Loses der Bergarbeiter geschähen konnte, ist folgende. Zweimal ist der Herr Reichspräsident gebeten worden, besondere Notverordnungen zu erlassen, um eine allzu starke Lohnsenkung im Bergbau hintanzuhalten. Es sind trotz der sehr schwierigen Finanzlage des Reiches 70 Millionen Mark für die Knappheits- und etwa 40 Millionen Mark für Erlaß der Beiträge des Bergbaues zur

Arbeitslosenversicherung aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt worden, die Reichsbahn hat allein die Kohlenfracht um 75 Millionen Mark verbilligt. Ich bin im November vorigen Jahres nach London gefahren und habe im März dieses Jahres den englischen Bergbauminister nach Berlin gebeten, um mir ihm die Möglichkeiten zur Vereinigung der europäischen Kohlenkrise zu besprechen. Ich habe im gleichen Sinne auf die deutschen Bergbaunehmen und auf das Internationale Arbeitsamt in Genf eingewirkt. Durch die Währungsorgane in England hat sich die Lage des deutschen Kohlenbergbaues weiterhin verschlechtert. Englisches und deutsches Bergarbeitergeschick ist gegenwärtig gleich bedrängt und gleich hart. Alle diese Tatsachen schütten mich vor dem Vorwurf, meine Pflicht ignoriere gegen die Bergarbeiter vernachlässigt zu haben. Eine größere Lohnförmung im Kohlenbergbau ließ sich bei der gegenwärtigen deutschen Gesamtlage nicht umgehen, es sei denn, daß das Reich mit neuen Subventionen gegenüber dem Bergbau eingesprungen wäre, wozu es bei der gegenwärtigen Finanzlage beim besten Willen nicht in der Lage ist.“

„Na ja, das bestätigt ja das, was ich sagte. Stegerwald und mit ihm die ganze Regierung glauben eben, daß die Lage im Bergbau so besonders schwer sei, daß es ohne die besondere Belastung der Bergarbeiter in einzelnen Bezirken durch einen Abbau der Löhne unter den Stand vom Jahre 1927 nicht ginge.“

„Was ist es denn, was gegenwärtig unsere Position so erschwert? Man sollte meinen, daß gerade jetzt, mitten im Winter, unsere Position verhältnismäßig günstig wäre. Im Winter werden doch mehr Bergbauprodukte verbraucht als in anderen wärmeren Jahreszeiten.“

„Das wohl, aber wir stehen unter einem starken Krisendruck. Alle Welt ruft nach Wirtschaftsbelebung, die über Preisverbilligung zu erzielen wäre. Preisverbilligung aber verlange Selbstkostenentlastung. Und hier müßte, wie auch Stegerwald sagte, mit der Preisentwertung der Urstoffe und der Rohprodukte begonnen werden. Der Brennstoff, also das Heizprodukt, das fast in allen Industrien benötigt würde, müße dabei an erster Stelle genannt werden. Das heißt mit anderen Worten, daß der Kohlenpreis vor allen Dingen gesenkt werden müsse. Und hierzu, so sagen die Zeitbesitzer und nun auch die Regierung, müßten die Löhne sinken, weil sie sonst nicht die Preise senken könnten.“

„Ja, ja, das ist das alte Lied, nach dem der Kumpel immer alles aufgepaßt erhält. Er verrichtet die schwerste Arbeit, liefert das wertvollste Produkt für die Volkswirtschaft, soll aber immer zuerst bluten, wenn Not an Mann ist. Wenn er selbst aber mal in Not ist, dann kümmert das keinen Menschen. Den besten Beweis hierfür liefert die Haltung der Regierung zur Sanierung der Knappheitsversicherung. Wenn man wenigstens noch hier zeigen würde, daß man auch einmal dem Kumpel mit Hilfe entgegenkommen will, wo es nottäte. Aber nichts von alledem.“

„Du hast zweifellos recht. Es ist eine Kulturschande, daß in solch furchtbarer Notzeit rücksichtslos immer mehr Opfer von den untersten Schichten und den geplagtesten Arbeitern verlangt werden, während man sich scheut, bei den anderen in gleicher Weise zuzugreifen. Und es hat gar keine Bedeutung, wenn Stegerwald sagt, daß hier schon vieles getan sei. Es kommt darauf an, daß ausreichend geholfen wird. Vorerst aber soll der Kumpel nur noch Opfer bringen. Aber das ist nun einmal die Art, im Privatkapitalismus Sozialpolitik zu machen. Hier wird es erst im Sozialismus anders werden können. Bis dahin aber müssen wir eben nach besten Kräften kämpfen, um wenigstens die schlimmsten Absichten der Arbeitgeber abzuwehren.“

„Wenn heute der Arbeiter wenigstens noch voll arbeiten, das heißt alle Schichten verfahren könnte! Aber gerade im Bergbau sind doch so viele Feierstichten, daß allein durch diesen Ausfall schon eine Lohnminderung von 30 bis 40 Prozent besteht. Wenn nun die Löhne noch immer mehr abgebaut werden sollen, dann weiß ich nicht, was daraus werden wird. Die Regierung müßte doch eigentlich selbst einsehen, daß durch ihre Politik die Kaufkraft noch mehr zerstört wird und daraus eine weitere Produktions Einschränkung und Vermehrung der Arbeitslosigkeit erwachsen muß.“

„Die Regierung und die Bergbaunehmen sagen, daß sie mit ihrer Politik gerade eine wachsende Arbeitslosigkeit, besonders aber weitere Entlassung von Bergarbeitern, verhindern wollen.“

„Das ist mir ein Rätsel, wie sie zu dieser Auffassung kommen können.“

„Sie verweisen hierfür auf die wachsende Auslandskonkurrenz. Besonders sei England in letzter Zeit dem deutschen Kohlenhandel gefährlich geworden. Es müsse also gefordert werden, daß wir gegenüber diesem Lande konkurrenzfähig bleiben.“

„Na, das ist ja das ewig gleiche Lied, das die Unternehmern schon bei allen früheren Lohnbewegungen gesungen haben. Damit können sie doch keinen Eindruck mehr machen.“

„Im allgemeinen nicht. Nur haben sie jetzt noch ein anderes Argument, das ihren Hinweis auf England verstärken soll. Sie

Der Harzer Bergbau ist dem Erliegen nahe.

Die Erschütterung des Harzer Erzbergbaues trat erstmalig am 15. April 1930 durch die Stilllegung der Berginspektion Clausthal in Erscheinung. Von der Stilllegung wurden etwa 850 Mann betroffen. Von diesen 850 Mann sind insgesamt 585 Mann ohne Arbeit, die übrigen sind pensioniert, teils arbeiten sie noch auf den Breuhagwerken. Am 15. April 1931 wurde die Erzabbau-Inspektion Bergwerkswohlfahrt stillgelegt, hier kamen insgesamt 78 Mann zur Entlassung. Am 1. August 1931 wurde die Berginspektion Lautenthal infolge Mangels an Erz stillgelegt, die Belegschaft von 268 Mann wurde bis auf 50 Mann entlassen, 218 Mann sind seit dem 15. August ohne Arbeit. Die Leubacher Metallhütte wurde, da sie nicht mehr rentabel sei, am 1. Oktober stillgelegt, hier wurden 135 Mann arbeitslos. Die Grube Bergwerkswohlfahrt, zur Berginspektion Grund gehörig, hat ab 15. Oktober d. J. wöchentlich eine Feierschicht. Auf der Silberhütte Clausthal wurden am 1. November d. J. 20 Mann entlassen, desgleichen plant man Feierschichten. Infolge der niedrigen Metallpreise hat die Stilllegung der Grube Bergwerkswohlfahrt bei der Breuhag schon vor mehreren Tagen auf der Tagesordnung gestanden. Bei einer eventuellen Stilllegung kämen erneut mehrere hundert Mann zur Entlassung. Das ist hier im Oberharz der Stand der Berg- und Hüttenbetriebe.

Durch diese Stilllegungen sind rund 1200 Arbeiter, die in den Berg- und Hüttenbetrieben beschäftigt waren, ohne Arbeit, davon hat die Bergstadt Clausthal-Zellerfeld allein 800 arbeitslose Berg- und Hüttenleute. Die hier aufgeführten Berg- und Hüttenbetriebe bilden die sogenannten Oberharzer Berg- und Hüttenwerke. Die Leitung lag bis zum 1. April d. J. in Händen von Geheimrat Ehring. Nunmehr hat Oberbergamt Wolf die Leitung dieser Werke übertragen bekommen. Es kann nicht bestritten werden, daß die Metallpreise niedrig stehen. Die Verwaltung verfuhr nun immer wieder, den Rückgang der Preise durch Lohnabbau auszugleichen, obgleich die Löhne stark unter denen der übrigen Bergbauarten liegen. Ab 1. Februar d. J. wurde der Lohn um 6 Prozent gekürzt, der Schichtlohn wurde von 5,50 auf 5,15 M. zurückgeführt. Ab 1. November d. J. wurde durch Schiedspruch der Lohn um weitere 25 Pf. herabgesetzt und beträgt nunmehr 4,90 M. Die Gedinge werden um 6 Prozent gekürzt. Die Arbeitgeber hatten eine Herabsetzung des Lohnes um 50 Pf. gefordert, trotzdem die Lebenshaltung hier im Harz teurer ist als teilweise in den Städten. Aber wie im ganzen Reich, so auch hier im Oberharz, die Arbeitgeber kennen nur das eine Mittel: Lohnabbau. Durch diesen letzten Lohnabbau tritt

eine weitere Verelendung der Arbeiter ein. Die Arbeiter sind wie immer die Leidtragenden. Der letzte Lohnabbau hat unter den Belegschaften eine berechtigten Empörung hervorgerufen. Mit Recht wird die Frage aufgeworfen, ob man nicht an anderer Stelle sparen könne. Fest steht, daß von den Werken, die unter der Leitung der Oberharzer Berg- und Hüttenwerke standen, zwei Drittel stillgelegt sind. Die Arbeiter und Angestellten liegen auf der Straße, die Verwaltung aber besteht in nur schwach beschränkter Form und Höhe weiter. Hier könnte ganz wesentlich gespart werden, aber nicht bei den Kumpeln, die heute bei ihrer schweren Arbeit schon hungern müssen. Ist es notwendig, daß trotz der Notlage noch sechs Personenzüge vorhanden und in Betrieb gehalten werden, um die Herren zu jeder gewünschten Zeit zu befördern? Es soll nicht gesagt werden, daß es in Wägen vorhanden sein soll, aber die Zahl könnte bestimmt verringert werden.

86 Bergleute, die in Clausthal-Zellerfeld wohnen und in Grund arbeiten, werden mit dem Postkraftwagen befördert. Für diese Beförderung müssen die Arbeiter monatlich 15 bis 18 M. bezahlen, alles von dem wenigen Lohn! Die wirklichen Kosten für den Postkraftwagen sind natürlich höher. Hier hat sich der Kreisverkehr bereit erklärt, einen Zuschuß zu zahlen, und zwar pro Monat 800 bis 1000 M. Der Anfahrweg beträgt zur und von der Arbeitsstelle 22 Kilometer. Praktische Anfahrzeit war Vorbedingung für die Weiterbeschäftigung der Leute. So kam es, daß der Kreisverkehr eingreifen mußte. Die Breuhag kann keinen Wagen stellen, auch kann sie infolge der Notlage der Werke keinen Zuschuß zahlen.

Die Bergstadt Clausthal-Zellerfeld hat durch die Stilllegungen einen großen Steuerausfall einerseits und andererseits eine große Belastung durch die Wohlfahrtsverpflichtungen. Der Etat der Stadt hat trotz angespannter Steuerkräube einen Fehlbetrag von rund 270 000 M. Die im vorigen Jahre von den Behörden versprochene Hilfe ist bis heute Versprechen geblieben. Hilfsmaßnahmen, wie Hebung der Viehwirtschaft werden nicht verkannt, bringen aber leider den arbeitslosen Berg- und Hüttenleuten keine fühlbare Hilfe. Hierzu kommt noch, daß sämtliche Steinbruchbetriebe stillliegen, ferner alle Waldarbeiter, 200 an der Zahl, entlassen sind. Täglich werden Leute der Wohlfahrt überwiesen, eine Last, die, wenn nicht unmittelbare Hilfe des Staates einleitet, die Stadt einfach dem Ruin zuführt. Die verminderte Kaufkraft lähmt Handel und Gewerbe. So zieht eine Sache die andere nach sich. Deshalb ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe!

Ein schönes Weihnachtsgeschenk.

„Aus der Tiefe“, Gedichte von Heinrich Kämpchen.

Mit großer Freude und Dankbarkeit werden unsere Mitglieder vernommen, daß der Hauptvorstand unseres Verbandes eine Neuauflage der besten Gedichte und Lieder unseres altsächsischen Bergmannsdichters Heinrich Kämpchen ermöglichte. Soeben erscheint diese Auflage in Form eines geschmackvoll und mit einem künstlerischen Deckelbild sowie einem Bild von Kämpchen ausgestatteten Buches von 116 Seiten Umfang. Die Gedichte und Lieder sind ausgewählt und durch ein Vorwort eingeleitet von Wilhelm Helf, Düsseldorf. Der Preis beträgt für Mitglieder, bei Bestellung vor dem 31. Dezember 1931, nur 0,90 M., bei späterer Bestellung 1,20 M. Für Nichtmitglieder kostet das Buch 1,60 M. Es wäre zu wünschen, daß alle Kameraden, die Sinn für Poesie und Dichtung haben, sich dieses Wertes sofort bestellen. Besonders dürfte sich das Buch eignen zu einem Weihnachtsgeschenk für Bergarbeiter. Bestellungen sind an die Vertrauensmänner oder Kassierer unserer Zahlstellen zu richten.

Nur ganz wenigen der noch Lebenden dürfte Heinrich Kämpchen persönlich bekannt gewesen sein. Er starb im Jahre 1912, lebte in Bodum-Linden, war Bergarbeiter, zifriges Mitglied unseres Verbandes und gehörte damals sogar dem Kontrollausschuß an.

Die literarischen Erzeugnisse Heinrich Kämpchens wurden früher von uns in drei Einzelbänden gedruckt herausgegeben, sind aber jetzt schon seit mehr als zehn Jahren vergriffen. Die überaus starke Nachfrage in den letzten Jahren war uns Beweis für die Beliebtheit, deren sich die Bergmannslieder und -gedichte nicht nur bei unseren Kameraden, sondern auch in der ganzen Öffentlichkeit erfreuten.

Einem dringenden Bedürfnis also Rechnung tragend, hat sich nun der Vorstand zur Neuherausgabe eines Werkes entschlossen, das die besten Gedichte und Lieder enthält. Gerade in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen und politischen Not gibt uns Heinrich Kämpchen mit seinem Nachlaß Stunden der inneren Erbauung, stärkt uns im Kampfe mit unseren Gegnern und im Glauben an den Sozialismus.

Kämpchens Werk ist unser Werk und müßte von jedem Bergarbeiter gelesen werden. Jede Zahlstelle findet aber auch darin eine reichhaltige Auswahl von Gedichten und Liedern für proletarische Festveranstaltungen.

Gleichzeitig bringen wir in Erinnerung:

Hungerland und Ein Kumpel. Von G. Berner. Der Titel des ersten Buches ist jetzt in die Schriftsprache eingezogen. Das Wort gilt als Bezeichnung für das niedersteleische Bergbaurevier. Der Roman ist vor Jahren in fast sämtlichen Parteizeitungen und auch in einigen Gewerkschaftsblättern unter dem Strich erschienen und ist in der heutigen Zeit der Not wieder aktuell geworden. Das vor zwei Jahren erschienene Buch: „Ein Kumpel“ scheint ebenfalls sehr bekannt zu werden. Es wird bereits in den höheren Schulen als die beste Milieuschilderung des Bergbaues im Unterricht verwendet. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht empfiehlt es jetzt als Ganzlesestoff den ländlichen Fortbildungs- und Berufsschulen. Beide Bücher sind vom Verlag: „Die Knappschacht“, Berlin-Steglitz, zu beziehen, können aber auch bei Hansmann u. Co. bestellt werden. „Hungerland“ kostet broschiert 1,20 M., gebunden 2,50 M., „Ein Kumpel“ gebunden 2,50 M.

Aus dem Ruhrrevier.

Beachtenswerter Werbeerfolg.

Das Vorgehen der Unternehmer und die Agitation unserer Gegner hat der Bergarbeiterschaft zum Bewußtsein gebracht, daß sie sich, wenn sie ihre Rechte nicht vollkommen preisgeben will, organisieren muß.

Im Ruhrgebiet sind im Monat November 816 neue Kameraden für die Organisation gewonnen worden, ein Zeichen dafür, daß die Bergarbeiter wissen, wer ihre Interessen vertritt.

Allen Funktionären und Mitgliedern, die sich an der Werbearbeit beteiligt haben, sei an dieser Stelle besonderer Dank ausgesprochen!

Scharlatane in den Mieterinteressengemeinschaften.

Wie recht wir hatten, als wir im vergangenen Sommer in der „Bergbau-Industrie“ die Bergarbeiter vor den kommunistischen „Interessen“gemeinschaften warnten, das beweist eine Notiz des „Dortmunder General-Anzeigers“ vom 8. Dezember 1931. Unter der Überschrift: „Massenklagen gegen Zechenmieter“ wird mitgeteilt, daß infolge der schlechten Lage, in der sich die Zechenmieter des Mülheimer Bergwerksvereins befanden, die neugegründete kommunistische „Interessen“gemeinschaft leichtes Spiel gehabt hätte. Die Vorschläge, die diese den Mietern machte,

waren nicht nur sehr einfach, sondern scheinbar auch „revolutionär“. „Man zahle keine Miete“, damit wäre die soziale Frage für die Mieter gelöst und die Vermieter müßten sich damit abfinden. Geht, getan. Der Mülheimer Bergwerksverein fand sich jedoch nicht so ohne weiteres damit ab. Nachdem Mietrückstände teilweise bis 200 M. aufgelaufen waren, reichte er Klage beim Mietstöffengericht ein mit dem Ziel auf Räumung der Wohnungen. Nachdem eine Klage gegen 20 Mieter gewonnen war, wurde eine solche gegen die übrigen 350 Mieter eingereicht, denen nun dasselbe Schicksal blühte. Der „Dortmunder General-Anzeiger“ schreibt hierzu:

„Wenn die Leute gut beraten gewesen wären, hätten sie schon vor Monaten durch schriftliche Erklärung sich bereit erklärt, die gesetzliche Miete mit den rechtlichen Zuschlägen zu zahlen. Jetzt, wo die gewaltigen Mietrückstände aufgelaufen sind, die teilweise bis zu 200 M. betragen, mußte der Sekretär der „Interessengemeinschaft“ selbst dazu anraten, das Versäumte nachzuholen.“

Diese Belehrung dürfte sicher dem „revolutionären“ Mietstöffengericht erst durch das Gericht beigebracht worden sein. Als „Revolutionär“ und Intenreuer KPD-Mann braucht man sich nämlich nicht mit „bürgerlichem“ oder gar „reformistischem“ Wissen zu behelfen. Bei den Kommunisten tötet ja auch selber Lächerlichkeit nicht, andernfalls sie längst ausgestorben wären.

Sicher ist das Verhalten des Mülheimer Bergwerksvereins nicht von allzu großem sozialen Verständnis gegenüber den Mietern getragen. Bei den Bergbauunternehmern solches suchen, ist eben müßiges Beginnen. Mit revolutionären Phrasen aber ist ihnen nicht beizukommen. Und aus Angst vor der „kommunistischen Courage“ kommen sie den Arbeitern bestimmt nicht entgegen. Nicht von Scharlatanen und Schreibern, sondern nur durch von Verantwortung getragenen, zielbewußtem Kampf der Gewerkschaft kann den Unternehmern etwas abgerungen werden!

verweisen nämlich jetzt auf die englische Inflation. Du hast ja selbst gesehen, daß sich auch Stegerwald dieses Argument zu eigen gemacht hat.“

„Was hat denn das mit unseren Tariffkämpfen zu tun?“

„Nun, du weißt ja, daß die Engländer sich vom Goldstandard losgelöst haben, und daß sich jetzt ihr Geld entwertet. Das englische Geld ist zur Zeit um rund 30 Prozent im Werte gefallen. Daraus ergibt sich für den deutschen Kohlenhandel natürlich eine große Gefahr.“

„Wieso? Wir haben doch nichts zu tun mit englischem Gelde.“

„Im Kohlenhandel doch. Denke einmal nach, daß die Engländer nach deutschen Häfen Kohlen verkaufen, ebenso wie die deutschen Zechenbesitzer. Nehmen wir nun an, daß eine Tonne deutscher Kohlen in Hamburg 20 Mark kostet und eine Tonne englischer Kohle 1 Pfund Sterling, was umgerechnet normalerweise ebenfalls 20 Mark wären. In diesem Falle ginge also alles glatt auf. Der Hamburger, der eine Tonne deutscher Kohlen kauft, zahlt dafür 20 Mark. Derjenige, der eine Tonne englische Kohle kauft, zahlt dafür 1 Pfund Sterling, das er vorher bei der Bank ebenfalls für 20 Mark eingetauscht hat. Nun sinkt aber plötzlich der Wert des englischen Pfundes um 30 Prozent. Was geschieht nun?“

„Ja, die Sache ist einfach, jetzt braucht derjenige, der eine Tonne englische Kohle kauft, die immer noch 1 Pfund Sterling kostet, für dieses Pfund an der Bank 30 Prozent weniger zu zahlen als früher. Er zahlt also nicht mehr 20 Mark für 1 Pfund Sterling, sondern nur noch 14 Mark. Und so kostet ihn also nun die englische Kohle wohl noch wie früher 1 Pfund Sterling, was aber tatsächlich für ihn nur 14 Mark ausmacht, während die deutsche Kohle nach wie vor 20 Mark kostet.“

„So ist es. Und du merkst nun wohl auch sofort, daß durch diese englische Geldentwertung der deutschen Kohle große Schwierigkeiten entstehen können. Die deutsche und die englische Kohle stehen sich nämlich nicht allein in Hamburg in Konkurrenz gegenüber, sondern auf dem ganzen europäischen Markt, also überall dort, wo die deutschen Unternehmer und die Engländer Kohlen verkaufen wollen.“

„Ja, hat denn der ganze Kampf von uns dann überhaupt noch einen Sinn und Aussicht auf Erfolg? Selbst wenn die Bergarbeiter hier noch einen Lohnabbau aufgezwingen erhielten, könnte das doch nicht die englische Konkurrenz wettmachen. Es kann doch nicht die dreißigprozentige Entwertung des englischen Geldes in Deutschland ausgeglichen werden durch eine dreißigprozentige Senkung der Bergarbeiterlöhne!“

„Das sagst du sehr richtig. Und alle, die sich einbilden, daß man über die Lohnpolitik diesen Schaden ausmessen kann, sind

völlig irregeleitet. Deshalb lassen wir ja auch die Begründung der Unternehmer nicht gelten. Nur ist es so, daß die Unternehmer mit all ihren Einwänden in vorgezeichneter Richtung bei der Öffentlichkeit und Regierung starken Anlauf finden, was natürlich, die Schwierigkeiten für uns sehr vermehrt.“

„Und was nun auch fertiggebracht hat, nicht wahr, daß selbst die Regierung darauf hereinfiel und den Unternehmernwünschen Rechnung trug in ihrer Notverordnung.“

„Nun, ganz sind die Unternehmerwünsche ja nicht erfüllt worden. Ihre Absicht war ja, die Löhne auf den Stand vom Jahre 1925 herunterzukriegen.“

„Man sagt, daß die Unternehmer immer gern so hohe Forderungen stellen, um so wenigstens den beabsichtigten kleineren Erfolg zu erzielen.“

„Das ist eine leere Redensart. Daß die Unternehmer in Wirklichkeit viel höhere Ziele haben und viel weitergehende Forderungen durchsetzen wollen, als es ihnen bisher gelungen ist, beweisen sie durch ihre politische Taktik.“

„Wie soll ich das verstehen?“

„Nun, wir haben doch gerade jetzt wieder gesehen, daß die heutige Lohn- und Sozialpolitik zu einem starken Teile Regierungspolitik ist. Wären nun die Unternehmer mit der Regierungspolitik zufrieden, das heißt, wären ihre Wünsche und Forderungen für sie befriedigend erfüllt, dann müßten sie doch auch zufrieden sein mit der jetzigen Regierung selbst.“

„Na, das ist ja klar. Und ich denke, die Unternehmer sind doch auch mit dieser Regierung zufrieden und es sind nur die Arbeiter, die heute gegen dieselbe sind.“

„Da bist du doch im Irrtum. Gewiß sind auch die Arbeiter gegen die Notverordnungspolitik des Kabinetts Brüning. Aber ebenso wird Brüning mit seiner Politik auch von den Unternehmern bekämpft. Die Partei der deutschen Kapitalisten, die Deutsche Volkspartei, hat sogar am 6. Dezember eine Entschließung angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Ausführungen des Parteiführers über die politische Lage und den Kurs der Partei. Er spricht dem Parteiführer sein volles Vertrauen aus. Der Zentralvorstand ist der Auffassung, daß die Rettung Deutschlands aus seiner heutigen bedrängten Lage nur in der Abkehr von der Sozialdemokratie erfolgen kann. Er hält die Bildung einer auf die breiten nationalen Kräfte des Volkes gestützten Reichsregierung für dringendes Erfordernis. Aus dieser Erkenntnis steht die Deutsche Volkspartei unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit nach allen Seiten in entschlossener Opposition zu der gegenwärtigen Reichsregierung und der Regierung in Preußen. Von allen Gliederungen der Partei fordert

Achtung! Ortsverwaltungen!

Die Berichtkarte über die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist spätestens am 4. eines jeden Monats auszufüllen und abzusenden.

der Zentralvorstand die straffste Zusammenarbeit, von der Reichstagsfraktion in allen wichtigen politischen Entscheidungen Einheit und Geschlossenheit als Vorbedingung jeden Erfolges.“ Du siehst, daß die Unternehmer in der Politik Brüning nicht entfernt die Erfüllung ihrer Forderungen sehen und viel mehr auf Kosten der Arbeiter erstreben.“

„Verdammt noch mal, da wird man ja gar nicht mehr klug aus der heutigen Situation. Hier macht Brüning gegen die Arbeiter Politik, die ihn deswegen stark berennen und von seiner Politik abbringen wollen, und dort tun die Unternehmer wegen derselben Politik ein Gleiches, ja gehen sogar in offene Kampfstellung über. Was ist denn nun eigentlich die Wahrheit? Macht Brüning nun arbeitserfreundliche oder unternehmerfeindliche Politik?“

„Er macht beides. Es ist aber demgegenüber im Privatkapitalismus nur dann möglich, Wirtschaftskrisen zu überwinden, wenn entweder gegen die Unternehmer oder aber gegen die Arbeiter Politik gemacht wird. Anders ausgedrückt: Man kann Krisen nur überwinden auf Kosten der Arbeiterlöhne oder aber auf Kosten des Profits. Brüning will beide Teile belasten bzw. beide Teile gleichmäßig schonen. Und deshalb bleibt sein Bemühen unfruchtbar. In dieser Tatsache liegt auch die tiefste Ursache der politischen Krise. Sowohl die Arbeiterklasse als auch die Unternehmerklasse fühlen, daß nur eine von ihnen auf die Dauer die Politik bestimmen kann. Die Unternehmer holen deshalb zum großen Schläge aus und wollen den politischen Einfluß der Arbeiter völlig ausschalten.“

„Und was glaubst du, daß Brüning wählen wird? Wird er sich für die Unternehmer oder für die Arbeiter entscheiden?“

„Das ist eine Frage, die man bei Brüning nicht leicht beantworten kann. Zuzutruhen ist es ihm durchaus, daß er sich für ein Zusammengehen mit der Reaktion entscheidet. Die nächsten Wochen werden ja darüber Klarheit bringen. Es liegt deshalb an uns, unsere eigene Front für alle Fälle zu stärken. Wenn nämlich tatsächlich die Reaktion sich zusammenfindet, dann wird die Situation ernst für die Arbeitnehmer, dann ist auch die Frage, ob es im Januar Lohnabbau gibt, nur noch eine Nebenfrage, weil dann auf allen Gebieten ein gewaltiger Rückschlag droht, der alles bisherige in den Schatten stellt. Möge die Arbeiterklasse das frühzeitig und möglichst restlos erkennen und sich zur Abwehr sammeln, damit wir dann im geeigneten Moment wieder zum Gegenschlag ausholen und endgültig den Weg freimachen können zu einer dauerhaften Aufstiegs- und Erneuerung der Wirtschaft und Wirtschaftsordnung.“ P. Z.

HAUS UND LEBEN

Der letzte Wald.

Ein schöner Wald umrahmt die Westseite unserer Grube. Bis dicht an den steilen Abhängen des Abbaus stehen die Bäume. Wie ein riesiges Untertal streckt das schwarze Loch seine Arme nach dem duftenden grünen Laub. Man sieht es auf den ersten Blick, der Wald wird sein Opfer. Vom Lärm der Arbeit wird das friedliche Rauschen der Wipfel durchbrochen. Schrilte Wipflänge zerreißen die feierliche Stille. Das Klirren und Quietschen der Bagger, das Pfeifen und Stöhnen der Lokomotiven und das Zusammenprallen und Klappern der Loren überlösen längst den frohen Waldesklang. Schon sind die Singvögel aus der Nähe des Lärmes geflohen. Hilflos stehen die Bäume dem Ungeheuer der Kohlenindustrie preisgegeben.

Von Kilometerlangen Gruben angegriffen ist das Land der mitteldeutschen Braunkohlegruben. Jede dehnen sich weite Felder aufgeschütteten Sandboden, worauf nur spärlich einige Gräser wachsen. Soweit das Auge reicht, ebener Boden. Kein Berg, kein Hügel bietet Abwechslung. Nur gelegentlich wird in weiter Ferne der Blick von einem Wald begrenzt. Gewaltige chemische Werke senden ihre gelben Giftdünste über's Land. In ihrer Nähe ist alles schmutzig gelb. Stets ist diese Industrie in einer grauen Dunstwolke eingehüllt. Hier mußte die Natur vor dem Fortschritt der Technik weichen. Die großen Lächer der Gruben entzogen der näheren Umgebung das Wasser. Einst unter der Last des vollreifen schweren Obstes sich beugende Bäume tragen nunmehr kümmerliche Früchte. Es fehlt ihnen das Wasser, das jetzt mittels Pumpen aus der Grube gezogen, zum Kühlen der Turbinen und Maschinen benutzt wird. Aus dem einst kleinen Bauerndörfchen ward ein Industriedorf. Viele Fremde: Polen, Schlesier, Ostpreußen, Vogelländer u. a. siedelten sich an, weil die Gruben ihnen bessere Lebensbedingungen boten als die Junter in ihrer Heimat. Von dem alten bodenkundigen Bauerntum sind nur noch spärliche Reste übriggeblieben. Jetzt gibt das Industrie proletariat dem Dorfe das Gepräge.

Für diese Industriebevölkerung war der nahe Wald während des Sommers ein gern gesuchter Aufenthalt. Alle, die ein Verweilen unter schattigen Bäumen dem dumpfen Birkenhaushaus vorzogen, zogen mit Kind und Kegel hinaus. Zu Hunderten schlängelten sich an Feiertagen die festlich gekleideten Menschen über den zum Walde führenden Wiesenpfad. Welch eine Fröhlichkeit und Ausgelassenheit unter den Kindern, wenn sie sich nach Herzenslust im Walde tummeln konnten, ohne Angst zu haben, von einem gestrengen Hauswirt angeknäuel zu werden. Auch in manchem Erwachsenen wurde wieder das Kind wach. Oft wurde der lästige Kragen abgelegt; auch empfanden viele es wohlthuend, barfüßig durchs weiche Gras zu laufen. Im heiteren Spiel verlebten jung und alt hier frohe Stunden.

Doch unaufhörlich rückt der Bagger weiter. Hierig freffen seine Eimer den Sand, um die Kohle freizulegen. Wird der Wald stehen bleiben? Lang und breit wird im Dorf und auf der Arbeit darüber gesprochen. Soll uns das letzte Fleckchen schöner Erde in der Nähe unseres Dorfes genommen werden? Soll das Auge sich nicht mehr an dem frischen Grün eines Waldes erfreuen können? Wir haben ihn lieb gewonnen, den schlichten Wald, und doch sind seine Tage gezählt. Er muß sterben, denn wollte die Kohlenausbeute hier halt machen, dann würden wieder einige hundert Bergleute arbeitslos. Da lieber das kleinere Übel.

Uns wird dadurch das letzte Stückchen reizvoller Landschaft genommen. Den Besitzern der Grube bedeutet es aber neuen Gewinn. Dieser ermöglicht es ihnen, sich die herrlichsten Gegenden nach Belieben auszusuchen. Nordsee, Hochgebirge, Riviera, das sind Ferienreisen!

Und wir? Uns wird diese öde zerrissene Gegend nur noch trauriger. Der Wald verschwindet, die flache Eintönigkeit unseres Landes wird noch langweiliger. Ueber dem kahlen Land recken sich drohend die Kamine zum Himmel. Gewinn! Gewinn! Aber auch den Schaffenden ihren gerechten Anteil! G. Sch.

Der Hunger.

Im Anfang war der Hunger. Hierig saugten wir an den Brüsten der Mutter. Ach, sie war eine Proletariermutter. Sie hatte viele Kinder geboren. Sie hatte gehungert — für uns. Sie hatte uns in Sorge und Not in ihrem Leibe getragen. Und niemand hatte in den doppelt schweren Tagen die Unruhe und den aufreibenden Kleinkram des Tages von ihr ferngehalten. Ja, wenn sie eine reiche Frau gewesen wäre!

Nun waren wir da und schrien um Nahrung. Wir waren nur da, um zu essen, unbedürftig um das Wie und Woher. Und unser heiseres Wimmern klang wie Protest: Warum brachtest ihr uns auf diese häßliche Welt?

Die Mutter gab. Und als ihre Milch versiegte, als wir größer wurden, wuchs auch der Hunger. Wir wurden mit Kartoffelbrei und eingebrockten Brotstückchen gefüttert. Später durften wir schon gar vom Mittagessen kosten. Ungelent, den Löffel ungewohnt in der patzigen Hand, würgten wir es hinunter. Es ging. Wir wuchsen auf.

Dann frohen wir auf den Treppen herum. Wagten uns vereinzelt auch schon auf die Straße. Es gab viele Kinder in unserem Hause, viele Kinder in der Bergarbeiterfamilie. Wenn unsere Väter Nachtschlaf hatten und tagsüber schliefen, mußten wir stille sein, sonst gab es Prügel.

Die Zeit verging. Bald mußten wir die Schule verlassen. Ein neues Geschlecht von Bergarbeitern war im Anmarsch. Freudenleere Jugend, ade!

Streik! Streik! — — Hunger!

Vier Wochen lagen unsere Väter auf der Straße. Sonst, wenn der Vater von der Schicht kam, durchsuchten wir seine Ledertasche nach Butterbrot. Es roch säuerlich, war verrottet. Was kümmerte uns das? Wir freuten uns, wenn er uns noch etwas gelassen hatte.

Das war nun vorbei. Nach vierzehn Tagen war kein Brot mehr im Hause. Die Familien hungerten. Der Krämer gab nichts mehr auf Borg. Verwandte konnten nichts mehr geben. Kein Geld, kein Brot. Nichts, nichts! Am schlimmsten war es für die Kinder. Selbst die Magermilch war nicht zu kaufen. Hunger tat weh, machte wild und rücksichtslos. Da zogen wir Jungens aus der Siedlung hinaus auf die Felder. In unserem Wagen fraß die Bier nach Brot. Wir plünderten die Kartoffelfelder, stahlen, obwohl die Felder durch Flußschügen bewacht wurden. Die Kartoffeln waren noch grün. Uns war alles gleichgültig. Wir bettelten bei den Bauern. Sie ließen uns gnädig das Fallobst auflesen, standen mißtraulich hinter uns, daß wir nichts von den Bäumen herunterholten. Abends kamen wir vollgefressen heim. Wir logen, alles sei uns geschenkt worden.

Allerlei Rechtliches.

Pfandrecht des Vermieters.

An den Sachen, die der Mieter in die Wohnung einbringt, hat der Vermieter ein gesetzliches Pfandrecht für seine Forderungen aus dem Mietverhältnis. Es erstreckt sich nicht auf die sogenannten unpfändbaren Sachen. Wer ausziehen will, ohne seine Miete zu bezahlen, dem kann es passieren, daß der Vermieter widerspricht. Weniger bekannt ist, daß das Pfandrecht des Vermieters mit der Entfernung der Sachen von dem Grundstück erlischt, es sei denn, daß die Entfernung ohne Wissen oder unter Widerspruch des Vermieters erfolgt. Der Vermieter kann der Entfernung der Sachen nicht widersprechen, wenn sie im regelmäßigen Betriebe des Geschäfts des Mieters oder den gewöhnlichen Lebensverhältnissen entsprechend erfolgt oder wenn die zurückbleibenden Sachen zur Sicherung des Vermieters offenbar ausreichen. Im übrigen darf der Vermieter die Entfernung der seinem Pfandrecht unterliegenden Sachen, soweit er ihr zu widersprechen berechtigt ist, auch ohne Anrufen des Gerichts verhindern und, wenn der Mieter auszieht, die Sachen in seinen Besitz nehmen. Das Pfandrecht erlischt mit Ablauf eines Monats, nachdem der Vermieter von der Entfernung der Sachen Kenntnis erlangt hat, wenn nicht der Vermieter diesen Anspruch vorher gerichtlich geltend gemacht hat.

Arbeitsverträge Minderjähriger.

Schließt der Minderjährige einen Arbeitsvertrag ohne die erforderliche Einwilligung des Vaters oder gesetzlichen Vertreters, so hängt die Wirksamkeit von der Genehmigung ab. Ermächtigt der gesetzliche Vertreter den Minderjährigen, in Dienst oder in Arbeit zu treten, so ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbefristet geschäftsfähig, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen. Ausgenommen sind Verträge, zu denen der Vertreter der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf. Die Ermächtigung kann von dem Vertreter zurückgenommen oder eingeschränkt werden.

Aneignung herrenloser Sachen.

Wer eine herrenlose bewegliche Sache in Eigenbesitz nimmt, erwirbt das Eigentum an der Sache. Das trifft aber nicht zu, wenn die Aneignung gesetzlich verboten ist oder durch die Besitzergreifung das Aneignungsrecht eines anderen verletzt wird. Nicht alles, was draußen herumliegt, ist herrenlos. Herrenlos wird eine Sache erst dann, wenn der Eigentümer in der Absicht, auf das Eigentum zu verzichten, den Besitz der Sache aufgibt. Wilde Tiere sind herrenlos, solange sie sich in der Freiheit befinden. Wilde Tiere in Tiergärten und Fische in Teichen oder anderen geschlossenen Privatgewässern sind nicht herrenlos. Erlangt ein gefangenes wildes Tier die Freiheit wieder, so wird es herrenlos, wenn nicht der Eigentümer das Tier unverzüglich verfolgt oder wenn er die Verfolgung aufgibt. Ein gezähmtes Tier wird herrenlos, wenn es die Gewohnheit ablegt, an den ihm bestimmten Ort zurückzukehren (wildernde Katzen oder Hunde).

Haftet der Mann für die Schulden seiner Frau?

Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes abgeschlossen, wenn nicht aus den Umständen sich etwas anderes ergibt. Soweit also die Frau für den Mann handelt und handelt darf, muß der Mann dafür auskommen, obwohl er seine Unterschrift nicht gegeben hat. Das gilt nur im Rahmen der häuslichen Schlüsselgewalt. Darüber hinaus haftet der Mann natürlich nicht, ebensowenig wie er bei Ueberschreitung des häuslichen Wirkungskreises haftet. Bei Mißbrauch kann der Mann das Vertretungsrecht seiner Frau beschränken oder ausschließen. Das

geschieht durch Eintragung ins Güterrechtsregister beim Amtsgericht.

Womit haftet nun die Frau, wenn der Mann nicht in Anspruch genommen werden kann? Die Gläubiger der Frau können ohne Rücksicht auf den Mann Befriedigung aus dem eingebrachten Gut verlangen. Das eingebrachte Gut haftet für eine Verbindlichkeit der Frau, die erst nach Eheschließung entstanden ist, nur dann, wenn der Mann seine Zustimmung zum Rechtsgeschäft erteilt oder wenn das Rechtsgeschäft ohne seine Zustimmung ihm gegenüber wirksam ist.

Rentenauszahlung durch die Post.

Trotz aller Vorsicht ereignen sich doch immer wieder Fälle, in denen Unberechtigte die Rente in Empfang nehmen. Nachdem die Quittung abgegeben worden ist, vergeht bei größerem Andrang mitunter allerhand Zeit, ehe die Auszahlung erfolgt. In einem sächsischen Ort mittlerer Größe entfernte sich eine Invalidrentnerin nach Abgabe der Quittung vor der Auszahlung, weil es ihr unwohl wurde und sie frische Luft schöpsen wollte. Als sie zurückkehrte, mußte sie zu ihrem Leidwesen erfahren, daß während ihrer Abwesenheit das Geld von einem Dritten widerrechtlich abgehoben worden ist, der sich bei Namensauftrag meldete. Er hatte sicher den Vorfall beobachtet und sich auf diese wenig ehrenhafte Weise die letzten Groschen einer invaliden Witwe ergaunert. Leider ist weder gegen die Post noch gegen die Landesversicherungsanstalt ein Anspruch gegeben, sondern das Geld ist unwiederbringlich verloren. Es sei äußerste Vorsicht empfohlen!

Mammonismus und Jugend.

Der „Kunstwart“ weist auf den Bericht einer Sachverständigenkommission hin, die sich aus den verschiedenen Wissenschaften zusammensetzte und die gesundheitlichen und geistigen Zustände der amerikanischen Jugend untersucht hat. Hiernach sind von den 45 Millionen Jugendlichen unter 18 Jahren rund 10 Millionen unternormal, und zwar sind 6 Millionen unternährd. 1 360 000 leiden an Sprach- und Gehörsehern, 1 Million ist mehr oder weniger herzleidend, 875 000 sind schwer erziehbar oder verberberisch, 450 000 sind geistig zurückgeblieben, 382 000 sind tuberkulös, 300 000 sind krüppelhaft und 64 000 sind auf einem oder auf beiden Augen blind. An dieser umfassenden Untersuchung der amerikanischen Jugend haben sich im ganzen 1100 Sachverständige beteiligt. Das Ergebnis wirft ein recht trübes Licht auf den Einfluß des Mammonismus auf den Menschen.

Was Menschenarbeit leisten kann.

„Ein Fernsprekamt ist in Amerika umgezogen“. So meldet die Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure. Da muß es mit diesem Umzug schon etwas Besonderes sein. Und das ist es auch, denn es wurde da ein achtschöckiges Gebäude eines Fernsprekammtes in Indianapolis 16 Meter weit verlegt und dann um 90 Grad geschwenkt, und das alles ohne jede Unterbrechung des Dienstes! Der Betrieb wurde völlig aufrechterhalten. Man benutzte hierbei Stahlwalzen, die zwischen gehärteten Stahlplatten liefen. Das Gewicht des Gebäudes betrug rund 11 000 Tonnen. Die Arbeiten dauerten einschließlich der Vorarbeiten etwa 100 Tage.

51.

Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 13. bis 19. Dezember 1931

Unsere Mutter saß am Tisch spät in der Nacht und weinte. Sie ahnte, sie wußte alles. Es waren schlimme Zeiten!

Schnell verfloß die erste Jugend. Vor uns stand das Leben. Es war hart und grauam. Verdammte, da hieß es aufpassen! Tüchtig wurden wir hin- und hergeworfen. Aber immer wieder kamen wir auf die Füße.

Von meiner ersten Stellung — mit Kost und Logis — habe ich mitten in der Nacht „in den Sad gehauen“. Hungern wollte ich nicht. Margarinebrot hatte ich zu Hause genug gefressen. Ich schwang mich über die Mauer und lief durch das taunasse Gras im Nebel nach Hause. Schließ vor der verlockten Haustür auf meinem Wäschebündel ein. Und früh wäre die erschreckte Mutter fast über mich gestürzt, als sie als erste die Türe öffnete.

Vier Jahre habe ich dann bei Bauern mit Fürsorgezöglingen gearbeitet. Sie redeten trotz ihrer siebzehn Jahre wie Erwachsene. Ihren Erzählungen, ihren Abenteuern lauschte ich mit Staunen und Schrecken. Verhungert waren sie ebenso wie ich. Man mußte sich beim Essen dazuhalten, denn sie konnten schneller essen als ich. Es war im Kriege. Der Bauer hielt uns knapp und verkaufte lieber Brot und Butter zu schwindelhaften Preisen an die hungernden Städter. An solche, die Geld hatten. — Und die Allerärmsten aus den Steinwüsten der Großstädte? Deren knurrender Magen zwang sie, hinaus aufs Land zu gehen und die Kartoffelmieten aufzubrechen. Wir sollten mit zwei alten Landsturmlenten aufpassen. Den Teufel haben wir getan. Wir haben nichts gesehen.

Einmal sind wir ihrer zwei getürmt. Mit dem letzten Geld fuhrn wir ihrer zwei nach Hause. Hochföhllich, im Schnellzug. Im Rucksack zwei Brote und eine Bierflasche voll Trinkwasser. Das erstemal in einem solchen Zug. Himmel, waren das keine Leute. Und wie die speiffen! Gegen Abend öffnete ein Mann die Türen und rief zum Essen. Wir hatten kein Geld, aber im Rucksack zwei Brote und keine Butter und keine Würst. Man kann doch nicht, ich bitte euch, im Eisenbahnabteil eines Schnellzuges trockenes Brot essen und Wasser dazu trinken!

Da ging ich auf den Abort, das Brot unter der Jacke versteckt. Jetzt riegelte ich hinter mir zu. Dann nahm ich ein Messer und schnitt Brotstücken. Legte sie fest aufeinander und wickelte sie je zwei in weißes Papier. Wenn man nicht genau hinsah, konnte man denken, sie seien mit Butter, Käse oder Kriegsmarmelade beschmiert. Nun ging ich wieder hinein in das Abteil und reichte dem Kollegen heimlich ein Päckchen zu. Dann hielten wir die Brotstücken fest zusammen und aßen genau so gravitätisch wie die anderen. Hernach gingen wir wieder abwechselnd hinaus auf das einsame Verdeck und nahmen einen tüchtigen Schluck Adamsbier. So kamen wir, als die letzte Brotkruste verzehrt war, in die liebe alte Heimat. So war das damals. Du trostige, kämpfende und nie verzagende Jugend!

1918. Der Krieg lag in den letzten Zudungen. Da holten sie uns, die Jüngsten. Wir waren unternährd. Immer hatten wir Hunger. Jahrgang 1900. Wir waren noch nicht 18 Jahre alt. Wir durften abends nicht auf die Straße, durften nicht ins Kino gehen zu den Vorstellungen „für Erwachsene“. Schwächliche waren wir. Aber uns für das sogenannte Vaterland, das uns allernächtigst verhungern ließ, totschießen lassen, das durften wir.

Zuerst lagen wir in einem Gasthaus im Quartier. Der Besitzer gab dem Feldwebel schmachtete Speisen mit großen Stücken Fleisch und vielen Fettaggen. Wir bekamen die Suppen und winzige Fleischstückchen, die man nach den Grundrissen der Demokratie durch den Fleischwolf gedreht hatte. Der Wirt verkaufte Speisen im Lokal — von unserem Vorrat. Dann kamen wir in die Kaserne. Patriotische Zeitungen schrieben viel von der unerreichten Kameradschaftlichkeit des deutschen Soldaten. Wir sahen nichts davon. Die Bauernsöhne, die auf unserer Stube logen, bekamen vom Elternhause Brot, Butter, Speck und Schinken geschickt. Wir bekamen nichts davon. Lieber ließen sie die schönen Dinge verkaufen und verschimmeln.

Im Rekrutendepot. Dienst zum Verrecken, zwei Mann ein Kochgeschirr voll Essen. Mal fanden zwei Kameraden in der Stube eines Feldwebels, die sie reinigen sollten, hinter einem Schrank ein angefeimteltes Stückchen Brot. Wie die Wascheier stürzten sie sich drauf. Sie schlugen sich blutig um den Besitz dieses weggeworfenen steinharten Brotes. Hunger machte uns zu Tieren!

Heimat, ach, Heimat! Unverlezt nach Hause. An Erfahrung älter als unsere Jahre. Die Heimgebliebenen hatte der Hunger zu menschlichen Ruinen gemacht. Rohrstrümpfen, Marmeladen, undefinierbare Seefische, Dörrgemüse, Stockfisch, das war ihre tägliche Nahrung. Und dabei sollten sie Siege feiern, Hurra schreiben, durchhalten und — den Mund halten.

Arbeitslos! In Leuna schwellte der Aufruhr. Die Schächte lagen im Sterben. Nirgend Arbeit. Auf der Balje. Da wurde das Hungern zur Alltäglichkeit. Dann war der letzte Pfennig ausgegeben. Nun betteln. Minutenlang standen wir zwei vor dem ersten Hause eines Dorfes. Jemandem kümmerlicher Rest bürgerlicher Wohlstandigkeit wollte sich nicht abschütteln lassen. — Endlich! Mit Jagen an die Tür gepocht und sein Sprüchlein heruntergeleiert. Die Leute, auch Arbeiter, gaben uns etwas zu essen. Unser Glück! Wären wir das erstemal abgemiesen worden, wir hätten lange gebraucht, um die Schande zu überwinden. Dann überkam uns eine fast gefährliche Gleichgültigkeit.

Vorbei sind die Jahre. Noch immer lebt der Hunger. Der Hunger nach Brot und den Annehmlichkeiten und Gütern des Lebens, die wir schaffen. Noch immer kämpft die Arbeiterschaft um ihre Befreiung. Not und Hunger rasen wie noch nie über die Lande. Unheimlich ist die Ruhe der Bequäkten. Ist es die Stille vor dem Sturm? Arthur Jahr.

Der mangelnde Bergmannsschutz in der Sowjetunion.

„Der Bergarbeiter“ (das Organ des Kohlenarbeiterverbandes) berichtet in der Nummer vom 26. September über den Stand des Arbeitsschutzes in der Kohlenindustrie, wie ihn eine besonders durchgeführte Untersuchung zutage gebracht hat.

Die Untersuchung des Arbeits- und Arbeitsschutzes in der Kohlenindustrie hat eine Reihe von größten Mängeln aufgedeckt.

Die im Jahre 1920-30 für die Sicherheitsmaßnahmen bewilligten Mittel wurden nur im Kusnezkerbecken fast völlig ausgenutzt. Im laufenden Jahre wurden die hierfür angewiesenen Beträge nur zu einem ganz geringen Teil ausgenutzt. In dem ersten Halbjahr wurden im Schacht-Gebiet 38,8 Proz., auf dem Ural 21,2 Proz., im Moskau-Becken 28,7 Proz., in den Tschermakowbergwerken 21,7 Proz. der zugewiesenen Summen verbraucht, während im Donezbecken im ersten Quartal sogar nur 6,3 Proz. der zuzuführenden Mittel ihrer Bestimmung zugeführt wurden. Dabei war der Betrag für alle Bezirke 30 Mill. Rubel.

Man muß feststellen, daß das Inspizieren der Sicherheitsmaßnahmen vom Arbeitskommissariat und von den Gewerkschaften mit großer Verspätung durchgeführt worden ist. Die Betriebsbehörden leisteten bei dieser Untersuchung nicht nur keine Hilfe, sondern wirkten in vielen Fällen sogar dagegen. Die Abteilung des Verbandes, die für die sozialen Fragen zuständig ist, übernahm nicht die Führung und konzentrierte die Aufmerksamkeit der entsprechenden Organe nicht auf die Durchführung der Entschuldigungen des fünften Plenums der Gewerkschaftszentrale über den Arbeits- und Arbeitsschutz.

Außerdem wurde der Beschluß des Zentralkomitees des Verbandes betreffs der öffentlichen Untersuchung des Arbeitsschutzes von den örtlichen Gewerkschaftsorganen nicht ausgeführt. Im Fernen Osten, im Kusnezkerbecken und im Ural schenkte man ihm keine Aufmerksamkeit. Die Untersuchung blieb hier ergebnislos. In den Bergwerken von Tschermakow kamen nur einzelne Versuche, eine Inspektion durchzuführen, zustande, verwarfen sie aber, da man die öffentlichen Kräfte nicht hinzugezogen hatte, in eine bedeutungslose Revision der Schächte. Die Dokumente über diese Revision stellten, wie es üblich ist, fest, daß bei der Arbeit unter Tage alles „in Ordnung sei“ (1).

Indessen sprechen die von den Arbeiterkorrespondenten in der Redaktion einlaufenden Mitteilungen von einer Unmasse Mängel in den Schächten, die in ihrer Schwere als Verbrechen gelten könnten und die lebensgefährlich für die Arbeiter sind. Aber örtliche Gewerkschaftsorgane erwähnen in ihren Berichten, die sie dem Vorstand des Verbandes einreichen, diese Tatsachen mit keinem Worte.

werke verfügt, und der zugleich auch die modernsten Hilfsmittel der Lexikographie zur Hand hat, kann dieses inhaltlich und äußerlich Bestes gebende Handwörterbuch so pünktlich fortführen und vollenden. Ueber die zeitliche Zuverlässigkeit des „Großen Brockhaus“ ist auch an dieser Stelle genug gesagt worden, so daß sich jedes weitere Wort darüber erübrigt. Niemand hat treffender den Eindruck, den die bisher erschienenen Bände auf den Beschauer machen, geschildert als der berühmte Freund des deutschen Volkes, Sven Hedin, der über den „Großen Brockhaus“ gefaßt hat: „Es ist ein wahrer Genuß, in dieser Goldgrube des Wissens zu blättern und die prachtvollen Bilder und Karten zu bewundern. Ein wunderschönes, monumentales Werk! Es ist unglaublich, daß so etwas in einer so schwierigen Zeit wie der jetzigen zustande gebracht werden kann! Diese Tatsache spricht wirklich kräftig für die Kraft des „besiegten“ Deutschland!“

BÜCHER

Alle hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Der 9. Band des „Großen Brockhaus“ (3.—Fas, 784 Seiten, in Ganzleinen 26 Mk., bei Rückgabe eines alten Lexikons nach den festgesetzten Bedingungen 23,50 Mk.) — Aus neun statistischen Bänden besteht nun schon die Reihe des „Großen Brockhaus“, den gelehnten dürfen wir noch in diesem Jahr erwarten; damit wird die Hälfte des schwierigen Weges zur Vollendung des Werkes zurückgelegt sein. Nirgends auf diesen nunmehr fast 8000 Seiten ist ein Nachlassen der Spannkraft, eine vorübergehende Ermüdung zu merken, gleiche Sorgfalt wurde dem ersten wie dem letzten Artikel, der ersten wie der letzten Abbildung zuteil. Nur ein Verlag, so dürfen wir wohl mit Recht sagen, der über eine 125jährige Tradition bei der Herausgabe großer Nachschlage-

werke verfügt, und der zugleich auch die modernsten Hilfsmittel der Lexikographie zur Hand hat, kann dieses inhaltlich und äußerlich Bestes gebende Handwörterbuch so pünktlich fortführen und vollenden. Ueber die zeitliche Zuverlässigkeit des „Großen Brockhaus“ ist auch an dieser Stelle genug gesagt worden, so daß sich jedes weitere Wort darüber erübrigt. Niemand hat treffender den Eindruck, den die bisher erschienenen Bände auf den Beschauer machen, geschildert als der berühmte Freund des deutschen Volkes, Sven Hedin, der über den „Großen Brockhaus“ gefaßt hat: „Es ist ein wahrer Genuß, in dieser Goldgrube des Wissens zu blättern und die prachtvollen Bilder und Karten zu bewundern. Ein wunderschönes, monumentales Werk! Es ist unglaublich, daß so etwas in einer so schwierigen Zeit wie der jetzigen zustande gebracht werden kann! Diese Tatsache spricht wirklich kräftig für die Kraft des „besiegten“ Deutschland!“

Stahlbad Anno 17. Von Peter Riß. 499 Seiten. Preis: kartoniert 6 Mk., Naturleinen 8 Mk. Fackelreiterverlag Berlin W. 15, Bleibtreustr. 33. — Wenn man von guten Kriegsbüchern spricht, denkt man zunächst an Remarque, Renn und Ernst Johannsen. Da tritt nun ein Neuer hervor, heißt Peter Riß und legt zwischen sich und die Genannten einen weiten Abstand nach vorn. „Stahlbad Anno 17“, sein Werk, ist die bisher unerbörteste Darstellung des Kriegsgeschehens. Uns, die wir in jenem konfessionierten Menschenmorden gleichfalls nur Nummern waren, uns packt dieses Buch mit Riesengewalt. Alle, alle sehen und erkennen wir uns wieder in diesem Niefenwirbel. Aber auch die Jugend soll und muß dieses Buch lesen, damit der Wille nicht ausstirbt, der in uns Allen angesichts der furchtbaren Greuel des Krieges wachgeworden war: „Nie wieder Krieg!“

Knappschafftsältestenkommission Oberhausen.
Am Sonntag, dem 20. Dezember 1931, nachmittags 4 Uhr, im Volkshaus zu Oberhausen, Marktstraße 2: Quartalsversammlung. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Der Obmann.

GEG Kautabak
aus Deinem Konsumverein
Nichts ist wirziger!

Sie müssen Briefe schreiben, die Eindruck machen!

Bestellen Sie meinen „Großen Allgemeinen Briefsteller für Geschäfts- und Privatgebrauch mit Wörterbuch, Rechtschreib- u. Interpunktionslehre, Fundorte von Wörterbüchern und Wörterlisten.“

Preis 4,50 Mk. — Gerüstliches Wörterbuch ohne Rechtsanwält, Verträge, Klagen, Anträge und Gerichtsakten selbstständig ohne Kosten! Lieferung, wo Bunde, Sammele und andere Zeichen zu lesen sind. Beide Teile zusammen 4,50 Mk. portofrei. Nur das richtig gewählte Wort bringt Erfolg und Ruhm. Bei Bestellung bitte Alter angeben.

Buchversand Gutenberg, Dresden-St. 590

468 SCHUHE
einer schöner als bei andere

468 PREISE
einer billiger als bei andere, bringt unser neuer Gratis-Katalog 8. B.

390
Überstühle
erschlafftes Rückenstüßel

690
Schwarz, Led. m. Stulpe, eleg. Strotteur Schuh

790
Herren-Winter-Stiefel in schw. Stulpe

590
Arbeits-Stiefel
schw. genarbt, Rindleder mit u. ohne Beschlag

Berford + Wt. Berlin 62 Königsstr. 43-44

Sächsische Bettfedern
Fabr. P. Hoyer, Döllitzsch 79
Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen
Ferner prima BETT-INLETT
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste unsonst und portofrei.

BÜCHER aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorteilhaft durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum

Bei Nervenleiden nervlicher Schlaflosigkeit und Kopfschmerzen wirken die alten Naturheilmittel: Johanniskraut und Baldrianpulver immer noch am sichersten und raschesten. Baldrianpulver (50, 100, 200) und Johanniskraut (50, 100, 200). Sie beruhigen und härten das ganze Nervensystem, bringen gelinder Schlaf und erheben die Denkfähigkeit. Anfordern Sie je 5 Flaschen bei der **Herbaria-Arztpraxis, Philippsburg Nr. 401 (Baden)**. Verschreibung naturreiner Frucht-, Gemüse- und Heilpflanzenstoffe. — Verschärfte gratis.

Billige böhmische Bettfedern
Nur reine gutfüllende Sorten.

1. Klasse: graue gefüllte Wf. 2,50, halbweiße Wf. 3, —, weiße Wf. 4, —, beste Wf. 5, —, u. 6, —, damenweiße Wf. 7, —, u. 8, —, beste Sorte Wf. 10, —, u. 12, —, weiße ungefüllte Stupfedern Wf. 4,50 u. 7,50, beste Sorte Wf. 9,50

Verband portofrei, vollfrei, gegen Nachnahme. Muster frei. Umkauf und Nachnahme gestattet.

Benedikt Sackel, Robes 209
bei Pilsen in Böhmen.

Plafate
sowie sämtliche Drucksachen für Vereine u. Jahrestreffen liefert preiswert:

H. Hansmann & Co., Bochum 38-42 Wiemelhauser Straße 38-42

Jedes Ehepaar
wird vor Not und Sorgen bewahrt durch das lehrreiche Buch eines erfahrenen Frauenarztes über die **Verhütung der Empfängnis**. Nur RM. 2, — portofrei.

Versand Hellas, Berlin-Lichterfelde 198.

Ihre gute Bettenfüllung
Wf. böhm. Bettfedern! Gut füllend, doppelt gereinigt!

1 Pfd. grau 70, 90, feinste 1,50, 1,75, Halbdaunen 2,75, 3,50, weiß 4, —, hochfein 5, —, Daunen 4, — bis 7, —, weiß 7, — bis 10, —, Oberbetten 1 1/2-fach, 3-fach immer doppelt so viel, 13,50, 15, —, Kissen 3,50, 4,50, 5,50 und höher. **Stopp 2. Daunenbetten, Bettdecken, Bettwand gegen Nachnahme 20, —** mit portofrei. **Vollständiges reines, flüster und preislos gratis.**

Wf. böhm. Bettfed. - Spez. Hans Sackel & Stadler, Berlin C 106, Randsberger Str. 43-47.

Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes
jetzt auf **GLORIA**

Die 25-cm-Qualitätsplatte für 1,80 Mk.
Die zwei schönsten Arbeiter-Chorplatten
G.O.-10172 Empor zum Licht / Brüder zur Sonne
G.O.-10179 Das heilige Feuer / Weckruf
und viele andere schöne Platten.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich! Bezugsquellen durch:
Homophon-Company GmbH., Berlin 50 36

PREISABBAU - Neue Gänsefedern
Mit Daunen, doppelt gereinigt Pfd. 2,50 und 3, —, nur kl. Federn (Halbdaunen) Pfd. 4,50 u. 5, —, 1/2-Daunen Pfd. 5, — u. 5,50-Daunen Pfd. 6, —, handgerichtet. Federn 4, — bis allerl. 6,50, Volldaunen (berl. füllend) Pfd. 9, — u. 10, —. Nur beste gewaschene u. entstaubte Ware. In Ihrem Interesse **Gratis-Muster verlangen!** Nachnahmeendg. ab 5 Pfd. portofrei. Kein Risiko. Nichtgelieferte Rücknahme. — Ernst Wolberg, Neutreiblin 144. Aelteste Oderbrucher Bettfedern-Wäscherei.

Bei ASTHMA Katarhen der Atemwege / Grippe / Verschleimung / veraltetem Husten und Halsweh

erhalten Leidende von uns zur Aufklärung unsonst und portofrei eine mit Abbildungen versehene Broschüre über diese Krankheiten und deren gesundheitsfördernde, direkte, örtliche, d. h. innere Bekämpfung und Desinfektion mittels des „Pulmann-Inhalators“. Schreiben Sie eine Postkarte mit genauer Adresse und Sie erhalten dieses Buch gratis.

Pulmann & Co., Berlin O 716, Müggelstraße 25-25a.

Vollständig Kostenlos
den neuen farbigen Druck-Katalog mit vielen überaus schönen Kautabakentwürfen, wie z. B. Spielkarten, Kamelehar-Schulhe, Woffe und Baumwolle alle Größen 1,50, mit fester Kappe und absehbar 1,95
Die sparen! Also schreiben Sie gleich!

Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft
München K 54 m. b. H. Rosenstr. 11

Konkurrenzlos herabgesetzte Preise! Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Vertrauliches, best-reelles, christliches Haus!

1 Pfund reine Halb-Weißfedern Wf. 0,60 u. 0,80, halbweiße gefüllte Wf. 1, —, weiße, flaumige Wf. 1,50, 2, —, 2-fach gefüllte Wf. 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50, ungefüllte weiße, feine Wf. 2, —, 2,50, 3,50, Daunen, graue, feine Wf. 3,50, weiße Wf. 7, —, hochfeine Wf. 8, —, verleiht gegen Nachnahme, vollfrei, von 5 Pfund an gratis

Wenzel Fremuth, Deschenitz 138 Wdm.

Achtung! Sichere Existenz im Hause!
Gesucht werden ehrliche Personen zwecks Errichtung einer Maschinen-Helmrickerei. Geboten wird laufende Beschäftigung, für uns zu hohen Preisen. Keine Risiko und keine Vorkenntnisse erforderlich. Verli. Sie sofort unverb. Auskunf. Fr. J. Kerstan & Co., Berlin-Halensee 180

Wenzel Fremuth, Deschenitz 138 Wdm.

Brillentechnik gratis! Nur 2 Mark! Nicht!
Bestellbar, mit Goldrand, 30-tägig, Wert, genau regul. nur 2 Mark, feinste Form, helles Wf. 4,40, 4,80, 5,20, 5,60, 6,00, 6,40, 6,80, 7,20, 7,60, 8,00, 8,40, 8,80, 9,20, 9,60, 10,00, 10,40, 10,80, 11,20, 11,60, 12,00, 12,40, 12,80, 13,20, 13,60, 14,00, 14,40, 14,80, 15,20, 15,60, 16,00, 16,40, 16,80, 17,20, 17,60, 18,00, 18,40, 18,80, 19,20, 19,60, 20,00, 20,40, 20,80, 21,20, 21,60, 22,00, 22,40, 22,80, 23,20, 23,60, 24,00, 24,40, 24,80, 25,20, 25,60, 26,00, 26,40, 26,80, 27,20, 27,60, 28,00, 28,40, 28,80, 29,20, 29,60, 30,00, 30,40, 30,80, 31,20, 31,60, 32,00, 32,40, 32,80, 33,20, 33,60, 34,00, 34,40, 34,80, 35,20, 35,60, 36,00, 36,40, 36,80, 37,20, 37,60, 38,00, 38,40, 38,80, 39,20, 39,60, 40,00, 40,40, 40,80, 41,20, 41,60, 42,00, 42,40, 42,80, 43,20, 43,60, 44,00, 44,40, 44,80, 45,20, 45,60, 46,00, 46,40, 46,80, 47,20, 47,60, 48,00, 48,40, 48,80, 49,20, 49,60, 50,00, 50,40, 50,80, 51,20, 51,60, 52,00, 52,40, 52,80, 53,20, 53,60, 54,00, 54,40, 54,80, 55,20, 55,60, 56,00, 56,40, 56,80, 57,20, 57,60, 58,00, 58,40, 58,80, 59,20, 59,60, 60,00, 60,40, 60,80, 61,20, 61,60, 62,00, 62,40, 62,80, 63,20, 63,60, 64,00, 64,40, 64,80, 65,20, 65,60, 66,00, 66,40, 66,80, 67,20, 67,60, 68,00, 68,40, 68,80, 69,20, 69,60, 70,00, 70,40, 70,80, 71,20, 71,60, 72,00, 72,40, 72,80, 73,20, 73,60, 74,00, 74,40, 74,80, 75,20, 75,60, 76,00, 76,40, 76,80, 77,20, 77,60, 78,00, 78,40, 78,80, 79,20, 79,60, 80,00, 80,40, 80,80, 81,20, 81,60, 82,00, 82,40, 82,80, 83,20, 83,60, 84,00, 84,40, 84,80, 85,20, 85,60, 86,00, 86,40, 86,80, 87,20, 87,60, 88,00, 88,40, 88,80, 89,20, 89,60, 90,00, 90,40, 90,80, 91,20, 91,60, 92,00, 92,40, 92,80, 93,20, 93,60, 94,00, 94,40, 94,80, 95,20, 95,60, 96,00, 96,40, 96,80, 97,20, 97,60, 98,00, 98,40, 98,80, 99,20, 99,60, 100,00, 100,40, 100,80, 101,20, 101,60, 102,00, 102,40, 102,80, 103,20, 103,60, 104,00, 104,40, 104,80, 105,20, 105,60, 106,00, 106,40, 106,80, 107,20, 107,60, 108,00, 108,40, 108,80, 109,20, 109,60, 110,00, 110,40, 110,80, 111,20, 111,60, 112,00, 112,40, 112,80, 113,20, 113,60, 114,00, 114,40, 114,80, 115,20, 115,60, 116,00, 116,40, 116,80, 117,20, 117,60, 118,00, 118,40, 118,80, 119,20, 119,60, 120,00, 120,40, 120,80, 121,20, 121,60, 122,00, 122,40, 122,80, 123,20, 123,60, 124,00, 124,40, 124,80, 125,20, 125,60, 126,00, 126,40, 126,80, 127,20, 127,60, 128,00, 128,40, 128,80, 129,20, 129,60, 130,00, 130,40, 130,80, 131,20, 131,60, 132,00, 132,40, 132,80, 133,20, 133,60, 134,00, 134,40, 134,80, 135,20, 135,60, 136,00, 136,40, 136,80, 137,20, 137,60, 138,00, 138,40, 138,80, 139,20, 139,60, 140,00, 140,40, 140,80, 141,20, 141,60, 142,00, 142,40, 142,80, 143,20, 143,60, 144,00, 144,40, 144,80, 145,20, 145,60, 146,00, 146,40, 146,80, 147,20, 147,60, 148,00, 148,40, 148,80, 149,20, 149,60, 150,00, 150,40, 150,80, 151,20, 151,60, 152,00, 152,40, 152,80, 153,20, 153,60, 154,00, 154,40, 154,80, 155,20, 155,60, 156,00, 156,40, 156,80, 157,20, 157,60, 158,00, 158,40, 158,80, 159,20, 159,60, 160,00, 160,40, 160,80, 161,20, 161,60, 162,00, 162,40, 162,80, 163,20, 163,60, 164,00, 164,40, 164,80, 165,20, 165,60, 166,00, 166,40, 166,80, 167,20, 167,60, 168,00, 168,40, 168,80, 169,20, 169,60, 170,00, 170,40, 170,80, 171,20, 171,60, 172,00, 172,40, 172,80, 173,20, 173,60, 174,00, 174,40, 174,80, 175,20, 175,60, 176,00, 176,40, 176,80, 177,20, 177,60, 178,00, 178,40, 178,80, 179,20, 179,60, 180,00, 180,40, 180,80, 181,20, 181,60, 182,00, 182,40, 182,80, 183,20, 183,60, 184,00, 184,40, 184,80, 185,20, 185,60, 186,00, 186,40, 186,80, 187,20, 187,60, 188,00, 188,40, 188,80, 189,20, 189,60, 190,00, 190,40, 190,80, 191,20, 191,60, 192,00, 192,40, 192,80, 193,20, 193,60, 194,00, 194,40, 194,80, 195,20, 195,60, 196,00, 196,40, 196,80, 197,20, 197,60, 198,00, 198,40, 198,80, 199,20, 199,60, 200,00, 200,40, 200,80, 201,20, 201,60, 202,00, 202,40, 202,80, 203,20, 203,60, 204,00, 204,40, 204,80, 205,20, 205,60, 206,00, 206,40, 206,80, 207,20, 207,60, 208,00, 208,40, 208,80, 209,20, 209,60, 210,00, 210,40, 210,80, 211,20, 211,60, 212,00, 212,40, 212,80, 213,20, 213,60, 214,00, 214,40, 214,80, 215,20, 215,60, 216,00, 216,40, 216,80, 217,20, 217,60, 218,00, 218,40, 218,80, 219,20, 219,60, 220,00, 220,40, 220,80, 221,20, 221,60, 222,00, 222,40, 222,80, 223,20, 223,60, 224,00, 224,40, 224,80, 225,20, 225,60, 226,00, 226,40, 226,80, 227,20, 227,60, 228,00, 228,40, 228,80, 229,20, 229,60, 230,00, 230,40, 230,80, 231,20, 231,60, 232,00, 232,40, 232,80, 233,20, 233,60, 234,00, 234,40, 234,80, 235,20, 235,60, 236,00, 236,40, 236,80, 237,20, 237,60, 238,00, 238,40, 238,80, 239,20, 239,60, 240,00, 240,40, 240,80, 241,20, 241,60, 242,00, 242,40, 242,80, 243,20, 243,60, 244,00, 244,40, 244,80, 245,20, 245,60, 246,00, 246,40, 246,80, 247,20, 247,60, 248,00, 248,40, 248,80, 249,20, 249,60, 250,00, 250,40, 250,80, 251,20, 251,60, 252,00, 252,40, 252,80, 253,20, 253,60, 254,00, 254,40, 254,80, 255,20, 255,60, 256,00, 256,40, 256,80, 257,20, 257,60, 258,00, 258,40, 258,80, 259,20, 259,60, 260,00, 260,40, 260,80, 261,20, 261,60, 262,00, 262,40, 262,80, 263,20, 263,60, 264,00, 264,40, 264,80, 265,20, 265,60, 266,00, 266,40, 266,80, 267,20, 267,60, 268,00, 268,40, 268,80, 269,20, 269,60, 270,00, 270,40, 270,80, 271,20, 271,60, 272,00, 272,40, 272,80, 273,20, 273,60, 274,00, 274,40, 274,80, 275,20, 275,60, 276,00, 276,40, 276,80, 277,20, 277,60, 278,00, 278,40, 278,80, 279,20, 279,60, 280,00, 280,40, 280,80, 281,20, 281,60, 282,00, 282,40, 282,80, 283,20, 283,60, 284,00, 284,40, 284,80, 285,20, 285,60, 286,00, 286,40, 286,80, 287,20, 287,60, 288,00, 288,40, 288,80, 289,20, 289,60, 290,00, 290,40, 290,80, 291,20, 291,60, 292,00, 292,40, 292,80, 293,20, 293,60, 294,00, 294,40, 294,80, 295,20, 295,60, 296,00, 296,40, 296,80, 297,20, 297,60, 298,00, 298,40, 298,80, 299,20, 299,60, 300,00, 300,40, 300,80, 301,20, 301,60, 302,00, 302,40, 302,80, 303,20, 303,60, 304,00, 304,40, 304,80, 305,20, 305,60, 306,00, 306,40, 306,80, 307,20, 307,60, 308,00, 308,40, 308,80, 309,20, 309,60, 310,00, 310,40, 310,80, 311,20, 311,60, 312,00, 312,40, 312,80, 313,20, 313,60, 314,00, 314,40, 314,80, 315,20, 315,60, 316,00, 316,40, 316,80, 317,20, 317,60, 318,00, 318,40, 318,80, 319,20, 319,60, 320,00, 320,40, 320,80, 321,20, 321,60, 322,00, 322,40, 322,80, 323,20, 323,60, 324,00, 324,40, 324,80, 325,20, 325,60, 326,00, 326,40, 326,80, 327,20, 327,60, 328,00, 328,40, 328,80, 329,20, 329,60, 330,00, 330,40, 330,80, 331,20, 331,60, 332,00, 332,40, 332,80, 333,20, 333,60, 334,00, 334,40, 334,80, 335,20, 335,60, 336,00, 336,40, 336,80, 337,20, 337,60, 338,00, 338,40, 338,80, 339,20, 339,60, 340,00, 340,40, 340,80, 341,20, 341,60, 342,00, 342,40, 342,80, 343,20, 343,60, 344,00, 344,40, 344,80, 345,20, 345,60, 346,00, 346,40, 346,80, 347,20, 347,60, 348,00, 348,40, 348,80, 349,20, 349,60, 350,00, 350,40, 350,80, 351,20, 351,60, 352,00, 352,40, 352,80, 353,20, 353,60, 354,00, 354,40, 354,80, 355,20, 355,60, 356,00, 356,40, 356,80, 357,20, 357,60, 358,00, 358,40, 358,80, 359,20, 359,60, 360,00, 360,40, 360,80, 361,20, 361,60, 362,00, 362,40, 362,80, 363,20, 363,60, 364,00, 364,40, 364,80, 365,20, 365,60, 366,00, 366,40, 366,80, 367,20, 367,60, 368,00, 368,40, 368,80, 369,20, 369,60, 370,00, 370,40, 370,80, 371,20, 371,60, 372,00, 372,40, 372,80, 373,20, 373,60, 374,00, 374,40, 374,80, 375,20, 375,60, 376,00, 376,40, 376,80, 377,20, 377,60, 378,00, 378,40, 378,80, 379,20, 379,60, 380,00, 380,40, 380,80, 381,20, 381,60, 382,00, 382,40, 382